

Modernisierungsprozesse von Arbeit und Leben: gesellschaftliche Modernisierung im Lichte der sozialwissenschaftlichen Sonderforschungsbereiche ; Beiträge zum 25. Deutschen Soziologentag in Frankfurt

Heinz, Walter R. (Ed.); Lutz, Burkart (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version
Konferenzband / conference proceedings

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V. - ISF München

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heinz, W. R., & Lutz, B. (Hrsg.). (1992). *Modernisierungsprozesse von Arbeit und Leben: gesellschaftliche Modernisierung im Lichte der sozialwissenschaftlichen Sonderforschungsbereiche ; Beiträge zum 25. Deutschen Soziologentag in Frankfurt* (Mitteilungen , Sonderheft / Universität München, Sonderforschungsbereich 333, 1). München. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-100350>

Nutzungsbedingungen:

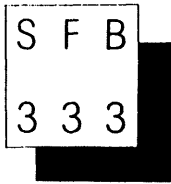
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Sonderforschungsbereich 333
der Universität München

in Zusammenarbeit mit

Sfb 186 der Universität Bremen
Sfb 226 der Universität Bielefeld
Sfb 3 der Universitäten Frankfurt
und Mannheim

MITTEILUNGEN
Sonderheft I

Entwicklungsperspektiven von Arbeit

Walter R. Heinz/Burkart Lutz (Hrsg.)
Modernisierungsprozesse von Arbeit und Leben

Gesellschaftliche Modernisierung im Lichte der
sozialwissenschaftlichen Sonderforschungsbereiche —
Beiträge zum 25. Deutschen Soziologentag in Frankfurt
München 1992

Inhalt

Darstellung der Sonderforschungsbereiche	5
Ursula Rabe-Kleberg - Sfb 186	
Unvollendete Statuspassagen	
Eine Untersuchung zum Übergang vom Studium in den Beruf	17
Klaus Hurrelmann - Sfb 226	
Gesundheitsgefährdende Lebensbedingungen und Lebensstile im Jugendalter	35
Uwe Hochmuth, Notburga Ott, Gabriele Rolf - Sfb 3	
Analysen zur Individualisierung und Sozialen Sicherung aus dem Sfb 3	
Das Beispiel: frauenspezifische Risiken	55
Burkart Lutz, G. Günter Voß - SFB 333	
Subjekt und Strukturwandel – Versuch der Neubestimmung einer soziologischen Schlüsselbeziehung am Beispiel des Facharbeiters	77

Impressum:

Der Sonderforschungsbereich 333 der Universität München wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bonn gefördert

Herausgeber

Walter R. Heinz
Sfb 186 der Universität Bremen
Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf
Wienerstraße 186, 2800 Bremen

Burkart Lutz
SFB 333 der Universität München
Entwicklungsperspektiven von Arbeit
Hohenzollernstraße 81, 8000 München 40, T: 089/2721411

Redaktion
Gestaltung
Druck

Werner Dressel, Sfb 186 + Susanne Kappler, SFB 333
Susanne Kappler, SFB 333
UNI-Druck München

ISSN-Nr. 0940 - 7979

Dieses Sonderheft enthält überarbeitete Vorträge, die beim 25. Deutschen Soziologientag in Frankfurt am Main im Oktober 1990 in der Ad-hoc-Gruppe "Gesellschaftliche Modernisierung im Lichte sozialwissenschaftlicher Sonderforschungsbereiche" gehalten wurden. Diese Veranstaltung wurde von Burkart Lutz initiiert und von Walter R. Heinz organisiert. Die Absicht war, am Beispiel von Projekten aus den vier von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten sozialwissenschaftlichen Sonderforschungsbereichen (Sfb 186/Bremen, Sfb 227/Bielefeld, Sfb 3/Frankfurt und Mannheim, Sfb 333/München), zum Tagungsthema "Die Modernisierung moderner Gesellschaften" aktuelle, empirisch gestützte Ergebnisse beizutragen.

Leider erscheint dieses Heft erheblich später als geplant. Dies liegt daran, daß die Sonderforschungsbereiche im vergangenen Jahr umfangreiche Berichts- und Antragsarbeiten anlässlich von DFG-Begutachtungen zu bewältigen hatten und der Sfb 3 (Frankfurt a.M./Mannheim) sich in der Auslaufphase befand.

Um dem Leser die Einordnung der folgenden Artikel in die langfristig angelegten Forschungsprogramme der Sonderforschungsbereiche in Bielefeld, Bremen, Frankfurt a.M./Mannheim und München zu erleichtern, werden vorab die jeweiligen Forschungskonzeptionen skizziert.

Walter R. Heinz, Sprecher des SFB 186
Burkart Lutz, Sprecher des SFB 333

Darstellung der Sonderforschungsbereiche

Sonderforschungsbereich 186 der Universität Bremen "Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf"

Der Sfb 186 wurde 1988 eingerichtet, unter seinem Dach arbeiten Soziologen, Sozialpsychologen, Sozialpolitikforscher, Sozialhistoriker und Kriminologen zusammen, um Modernisierungsprozesse des Lebenslaufs aus der doppelten Perspektive der individuellen Optionen und Risiken sowie deren institutionellen Rahmung zu untersuchen. Die folgenden Anmerkungen sollen Thematik und Reichweite des Forschungsprogramms des Sfb 186 an der Universität Bremen umreißen (vgl. ausführlicher Sfb 186, 1990: Dressel, Heinz, Peters, Schöber; Heinz, Behrens 1991).

Seit den 70er Jahren haben sich Veränderungen in den Lebenslaufmustern von Männer und Frauen beschleunigt, befördert durch Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt, veränderte Lebensentwürfe und neuartige Optionen der Lebensführung. Diese gesellschaftlichen Trends haben nicht nur die biographische Kontinuität zwischen Bildung und Ausbildung, Er-

werbstätigkeit und Familienleben stabilisiert, sondern auch Veränderungen in der Bedeutung und Abfolge von Lebenslaufereignissen zur Folge. Neue Vorstellungen über die Verknüpfung von Berufstätigkeit und Familienleben sind durch veränderte Lebensperspektiven der Individuen in Gang gesetzt und durch Prozesse, die ihren Ursprung im Arbeitsmarkt und in der Sozialpolitik des Staates haben, verstärkt worden. Optionen und Risiken, die aus den veränderten Beschäftigungsbedingungen und der Ausbreitung neuer Formen des Zusammenlebens entstehen, werden im Forschungsprogramm aufgegriffen, auf Variation und Veränderungstendenzen in der weiblichen und männlichen Normalbiographie bezogen und in Verbindung mit Normen und Steuerungsmechanismen von Institutionen analysiert. Lebensentwürfe und Variationen von Lebenslaufmustern lassen sich auf der Ebene von Statuspassagen, die verschiedene Le-

bensbereiche strukturieren, am besten empirisch erfassen.

In den elf Projekten des Sonderforschungsbereichs wird an verschiedenen Etappen des Lebenslaufs die Frage gestellt, inwieweit sich gesellschaftlicher Strukturwandel und kulturelle Modernisierung in Diskontinuität zwischen Statuspassagen niederschlagen und dadurch zur Erosion traditioneller Lebenslaufmuster führen.

Diese Muster betreffen nicht nur Übergänge von der Schule in die Berufsausbildung, von der Berufsausbildung zur Beschäftigung und schließlich den Rückzug aus der Arbeitswelt, sondern auch Statuspassagen im Beschäftigungssystem sowie Übergänge zwischen Erwerbstätigkeit und Familienarbeit. Die institutionell organisierten Sequenzen von Statusübergängen zwischen den Lebensbereichen, die den Lebenslauf bestimmt haben, gelten heute nicht mehr als selbstverständliche biographische Leitlinien. Neue Optionen und Risiken, die sich in jüngster Zeit in unserer Gesellschaft im Hinblick auf Bildung, Arbeit und Familie entwickelt haben, können dazu führen, daß immer mehr Individuen mit unvollständigen, abgebrochenen oder ausgedehnten Statuspassagen konfrontiert sind. Um soziale Risikolagen und Marginalisierungsprozesse in solchen Situationen zu regulieren, stellen Institutionen des

Wohlfahrtsstaats Auffangpassagen zur Verfügung, die einer sekundären Normalisierung des Lebenslaufs dienen. Aber auch durch veränderte Lebensentwürfe der Individuen verschieben sich Dauer und Anschlüsse von Statuspassagen, so beispielsweise zwischen Auszug aus dem Elternhaus und Heirat und zwischen Ausbildungsabschluß und Erwerbstätigkeit.

Diese Grundproblematik führt zu drei wesentlichen Leitthemen der Forschungsprojekte im Bremer Sonderforschungsbereich:

- In welchem Maße verändern sich Lebenslaufmuster durch das individuelle Verfolgen neuer Optionen, die institutionelle Bearbeitung von sozialen Risiken und die neuen Lebensentwürfe an zentralen Übergängen der Biographie?
- Wie bewältigen Individuen Diskontinuitäten in ihrem Lebenslauf und Friktionen zwischen biographischen Projekten und institutionalisierten Statusübergängen? Wie gehen sie mit dem Spektrum von Chancen und Risiken um, die an verschiedene Statuspassagen geknüpft sind?
- Inwieweit tragen Institutionen des Arbeitsmarkts und der Sozialpolitik zur Verringerung oder zur Verstärkung von Risiken im Lebenslauf bei? Bleiben sie bei

ihren Normalitätsunterstellungen über den Lebenslauf, inwieweit passen sie sich an neue Lebensstile und Lebensprojekte in der Bevölkerung an?

Die Forschungsprojekte beziehen sich auf den Strukturwandel auf der Ebene von Institutionen, sie fragen nach dem Potential für die Umformung institutionalisierter Statuspassagen und gesamter Lebenslaufmuster, die aus neuen biographischen Kombinationen von Arbeit, Familie und Bildung entstehen. Wir nehmen dabei an, daß die Labilisierung des Lebenslaufs, die Kumulierung von Risiken und die Erosion traditoneller Normalitätsstandards nicht nur zu einer Pluralisierung von Biographiemustern, sondern auch zu deklassierten bzw. marginalisierten Lebenslaufmustern führen wird.

Es mag durchaus ein wachsendes Potential für egalitäre Formen der Lösung sozialer Konflikte geben, das dazu beitragen könnte, die Reproduktion sozialer Ungleichheitsstrukturen zu überwinden. Sollte dies der Fall sein, wird sich unsere Gesellschaft nach neuen Prinzipien sozialer Differenzierung organisieren. Unterschiede zwischen Klassen, Geschlecht und Generationen könnten sich abschwächen und durch vorübergehende soziale Disparitäten, Risikolagen also, in verschiedenen Etappen des Lebens-

verlaufs ersetzt werden. Ein eher pessimistisches Szenario sagt jedoch steigende Segmentation entlang der Kriterien Alter, Geschlecht, Beschäftigungsstatus und ethnische Zugehörigkeit voraus. Soziale und wirtschaftliche Risiken, die die Lebensführung seit jeher bestimmt haben, können beispielsweise für Migranten, Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und Arbeiterrentner zur erheblichen Einschränkung bei der Gestaltung des Lebenslaufs führen.

Daher werden sowohl die institutionellen Normalitätsunterstellungen und Steuerungspraktiken als auch individuelle Bewältigungsstrategien im Hinblick auf Risiken im Lebenslauf, die vor allem an den Übergängen zwischen Bildung, Ausbildung, Erwerbstätigkeit und Familie ins Spiel kommen, untersucht. Dies wirft zusätzliche Fragen auf hinsichtlich der Ressourcen und Regelungskapazitäten des sozialen Sicherungssystems bei der Kompensation von Risiken und Unsicherheiten, die durch das Verfolgen neuartiger bzw. kompensatorischer Statuspassagen entstehen.

Im Sfb 186 wird davon ausgegangen, daß empirische Forschung über Ursachen und Folgen von Kontinuität und Diskontinuität um Lebensverlauf auf zwei Ebenen ansetzen soll. Es reicht nicht, entweder die institutionalisierten Programme für den Lebens-

lauf oder die individuellen Biographien zu untersuchen. Eine Konzentration auf die Institutionen und Mechanismen, die den Lebenslauf regulieren, macht es wohl möglich, die Potentiale und Begrenzungen bürokratischer und administrativer Aussortierungs- und Korrekturprozesse von Biographien zu dokumentieren und zu analysieren. Ein solches Vorgehen ermöglicht jedoch nicht, Motivlagen, Interessen und Orientierungen sowie Handlungsstrategien von Individuen im Hinblick auf Lebenslaufübergänge und die beteiligten Institutionen zu verstehen. Daher werden sowohl die Veränderungen individueller Lebensentwürfe durch retrospektive und prospektive Forschungsdesigns als auch die Persistenz bzw. der Wandel institutionalisierter Lebenslaufprogramme in den Bereichen Bildung, Arbeit und Familie untersucht. So liegt der Schwerpunkt der Projekte auf der Erforschung von Arrangements und Konflikten im Verhältnis zwischen institutionalisierten Mustern und den Ansprüchen der Individuen nach einer selbständigen Gestaltung von Handlungsspielräumen bei der Abfolge und Kombination von Statuspassagen.

Literatur:

- Dressel, W./Heinz, Walter R./Peters, G./Schober, K. (Hg.) (1990): Lebenslauf, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB) 133, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg
- Heinz, Walter R./Behrens, Johann (1991): Statuspassagen und soziale Risiken im Lebensverlauf; Bios 4, 121-139
- Sonderforschungsbereich 186 der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Universität Bremen (1990): Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf. Institutionelle Steuerung und individuelle Handlungsstrategien. Forschungsprogramm, Sfb 186 Bremen, Neuausgabe Februar 1990

Sonderforschungsbereich 227 der Universität Bielefeld

"Prävention und Intervention im Kindes- und Jugendalter"

Im Forschungsprogramm des 1986 eingerichteten Sfb 227 geht es um Ursachen- und Bedingungsanalysen für Abweichung, Auffälligkeit, Beeinträchtigung, Benachteiligung und Schädigung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und um Maßnahme- und Wirkungsanalysen von Prävention und Intervention, die sich auf diese Bedingungen beziehen. Dar- aus ergeben sich die folgenden Arbeitsschritte

1. Die Verursachungs- und Bedingungskonstellationen sowie die Erscheinungs- und Verbreitungsmuster bestimmter Formen von Beeinträchtigungen der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen werden mit einem geeigneten Methodeninstrumentarium erhoben und mit Hilfe theoretischer Aussagen analysiert. 2. Wirkungsweise und Wirksamkeit bestimmter Präventions- und Interventionsmaßnahmen in verschiedenen sozialen Feldern sowie ihre institutionelle Einbindung werden nachgezeichnet, evaluiert und systematisch analysiert. 3. Bedingungsanalyse und Wirkungsanalyse werden aufeinander bezogen, so

daß sich Ableitungen und Empfehlungen für die künftige Ausrichtung von Interventionsmaßnahmen in den bearbeiteten Praxisfeldern ergeben. Aus der bisherigen Projektarbeit liegt eine Vielzahl von Veröffentlichungen vor, die in einer Buchreihe und in einer Preprint-Serie erschienen sind.

Die Teilprojekte gehen von der theoretischen Annahme aus, daß viele der sozial, psychisch und körperlich von der Normalität abweichenden Verhaltensweisen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen als Ausdruck der psychosozialen Belastungen verstanden werden müssen, die die "moderne Lebensweise" der Industriegesellschaften mit sich bringt.

Viele Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsbeeinträchtigungen sind als der Transfer und Transport eines Problems von sozialen und gesellschaftlichen Ebenen in die psychische und körperliche Realität von Individuen zu verstehen. Sie können Signal für einen unlösbaren Konflikt oder eine nichtbewältigbare Belastung sein, die letztlich auf sozialstrukturelle Be-

dingungen zurückzuführen ist. Ein Beispiel hierfür sind die zunehmenden psychosozialen Störungen und die psychosomatischen Beschwerden und Krankheiten.

Zwar scheinen für Erwachsene und auch für Kinder und Jugendliche die Freiheitsgrade für die Gestaltung der eigenen Lebensweise in heutigen Gesellschaften hoch zu sein: Verhaltensmuster werden jeweils nur zum Teil durch die Zugehörigkeit zu sozialen Verbänden und Gruppen wie etwa Familien, lokalen Gemeinden, Religionsgemeinschaften und Arbeitsorganisationen festgelegt. Typisch ist die Zugehörigkeit zu vielen verschiedenartig strukturierten sozialen Systemen zum gleichen Zeitpunkt. Jedes Individuum bewegt sich in einer komplexen und vielfältigen sozialen Struktur und ist von daher gezwungen, flexiblen Verhaltensanforderungen gerecht zu werden, teilweise konkurrierende Wertorientierungen zu verarbeiten und eigenverantwortlich Steuerungsprinzipien des persönlichen Verhaltens zu entwickeln.

Diese Ausgangslage bietet hohe Chancen der Gestaltung der Individualität. Aber diese Individualitätschancen werden erkaufte durch die Lockerung von sozialen und kulturellen Bedingungen, die zu Spannungen und Ungleichgewichten in den sozialen Handlungsanforderungen und Wert-

orientierungen sowie den Steuerungsanforderungen auf psychischer Ebene führen. Der Weg in die moderne Gesellschaft ist so gesehen auch ein Weg in eine zunehmende soziale und kulturelle Ungewißheit mit Zukunftsunsicherheit und in ein Stadium von normativer und wertmäßiger Widersprüchlichkeit und Anomie. Kinder und Jugendliche erleben eine hohe Aufsplitterung und Segmentierung von Verhaltensanforderungen in einzelnen Lebensbereichen, die die Tendenz haben, sich zunehmend voneinander abzuschotten und sich jeweils systemhaft zu organisieren. Sie sind vor eine wachsende Zahl von Alternativen gestellt und haben einen großen Spielraum der Wahl, ohne daß gleichzeitig gesicherte Realisierungschancen damit verbunden wären. Kinder und vor allem Jugendliche können diese Wahlen zunehmend individuell, jeder für sich selbst, entscheiden. Die heutigen Lebensbedingungen öffnen die Möglichkeit zu einem Mehr an persönlicher Entfaltung jenseits von Herkunft und Stand, erschließen damit neue Formen der Befriedigung und Erfüllung des Lebens. Zugleich aber bringen sie notwendig auch neuartigen sozialen Streß, neue Risiken des Leidens, des Unbehagens und der Unsicherheit mit sich, die mit eben diesem hohen Grad der Chance und Notwendigkeit von Selbstregulierung jedes einzelnen Menschen einhergehen. Außerdem bergen sie neue Ge-

fahren der Entstehung sozialer Ungleichheit.

Die Forschungsarbeit im Sfb 227 geht also von der Annahme aus, daß in heutigen "Dienstleistungsgesellschaften" trotz hohem Lebensstandard, trotz breit ausgebauter Erziehungs-, Bildungs- und psychosozialer Serviceleistungen und trotz hoher medizinischer Technologie der Anteil der jungen Bevölkerung mit sozialen Problemen, mit psychischen Leiden und mit körperlichen Krankheiten sehr hoch ist und in wesentlichen Teilbereichen ansteigt. Offensichtlich sind die Lebensbedingungen in der Gesamtheit ihrer Ausprägungen im kulturellen, sozialen, materiellen und ökologischen Bereich so ungünstig, daß eine große Zahl von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu unproduktiven und untauglichen Formen der Lebensbewältigung Zuflucht nimmt.

Damit wird die Frage aufgeworfen, wie die Arbeits-, Lebens-, Bildungs- und Entwicklungsbedingungen so gestaltet werden können, daß ungebührliche Belastungen für das soziale, psychische und körperliche Wohlbefinden so weit wie möglich vermieden werden und sich das Maß an psychischen Störungen und Leiden, sozialer Desintegration, Delinquenz, Gewalt, Drogenkonsum und auch körperlichen Krankheiten so gering wie möglich

halten läßt. Diese Fragestellung zieht sich durch alle Teilprojekte des Sfb.

Der Sfb 227 sieht es als wichtige Aufgabe an, das offenkundige Defizit an interdisziplinär verwertbarer Theorie und Forschung der Prävention und Intervention durch konzentrierte Bemühungen über einen längeren Zeitraum abzubauen. Dabei sollen zunächst diejenigen Forschungsthemen im Vordergrund stehen, die ein besonders starkes Defizit aufweisen und in den letzten Jahren teilweise vernachlässigt worden sind. Es sollen außerdem bevorzugt solche Thematiken aufgegriffen werden, die im Schnittbereich der Kompetenzen der vier beteiligten Disziplinen Erziehungswissenschaft, Psychologie, Soziologie und Rechtswissenschaft/Kriminologie liegen. Zugleich werden die Grenzbereiche zur Medizin einschließlich der Psychiatrie bearbeitet und in die sich z.Z. neu formierenden Ansätze der "Gesundheitswissenschaft" einbezogen.

Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim

"Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik"

Der Sfb 3 war eine Forschergruppe von Soziologen und Ökonomen, die in den Jahren 1979 bis 1990 an den Universitäten Frankfurt a. M. und Mannheim angesiedelt war. Er umfaßte die drei Projektbereiche "Gesellschaftspolitik und Wohlfahrtsproduktion", "Grundlagen der Simulation" und "Verteilung und Soziale Sicherheit". Das Forschungsprogramm des Sfb 3 läßt sich am besten anhand seines Namens charakterisieren. Die inhaltliche Gemeinsamkeit der einzelnen Teilprojekte bestand in der wissenschaftlichen Fundierung einer aktiven Gesellschaftspolitik. Die Arbeiten reichten von der Behandlung ökonomischer und soziologischer Grundlagenprobleme bis zu konkreten Politikanalysen, wobei die methodische Gemeinsamkeit in der Verwendung mikroanalytischer Verfahren lag. Im Vordergrund standen empirische Analysen der individuellen Lebensverhältnisse und Verhaltensweisen, die gleichzeitig der Überprüfung von Theorien über gesellschaftliche Zusammenhänge sowie deren Weiterentwicklung dienten. In Wirkungsana-

lysen wurden dann die Folgen der aufgezeigten politischen Handlungsalternativen nicht nur qualitativ, sondern mit Hilfe von Simulationsmodellen auch quantitativ abgeschätzt. In vielfältiger Weise haben damit die einzelnen Teilprojekte die theoretischen, empirischen und methodischen Grundlagen zur Politikberatung bereitgestellt.

Die Arbeiten der drei Projektbereiche des Sfb 3 lassen sich unterschiedlichen wissenschaftsdisziplinären Ausrichtungen zuordnen.

Der soziologisch ausgerichtete Projektbereich A "Gesellschaftspolitik und Wohlfahrtsproduktion" befaßte sich schwerpunktmäßig mit der Analyse der objektiven Lebensbedingungen und deren subjektiver Wahrnehmung.

- A-1: Wohlfahrtsproduktion
- A-3: Wohlfahrtsentwicklung
- A-4: Lebensverläufe

- A-5: Prozesse der beruflichen Platzierung und individuelle Wohlfahrt
- A-6: Haushaltsproduktion und Familienbeziehungen
- A-7: Politisierung und Depolitisierung von Wohlfahrtsansprüchen
- A-8: Soziale Dienstleistungen

Vom Projektbereich B "Grundlagen der Simulation", dessen Arbeitsgebiete vor allem im Bereich der Ökonometrie und Informatik lagen, wurde das methodische Instrumentarium zur Datenanalyse sowie zur quantitativen Wirkungsanalyse von Politikmaßnahmen bereitgestellt und weiterentwickelt.

- B-1: Integrierte Mikrodatenfiles und Datenanalyse
- B-2: Daten-/Methodenbank
- B-3: Mikrosimulation
- B-4: Makrosimulation
- B-5: Sozio-ökonomisches Panel

Im Projektbereich C "Verteilung und Soziale Sicherheit" standen dagegen sozialpolitische und ökonomische Aspekte im Vordergrund der Analysen.

- C-1: Soziale Sicherung und personelle Einkommens- und Vermögensverteilung
- C-2: Arbeitseinkommen

- C-3: Systeme der Einkommenssicherung im Alter - soziale, finanzielle und gesamtwirtschaftliche Aspekte
- C-4: Gesundheitsstrukturen
- C-6: Lebenseinkommensverläufe
- C-7: Markt- und nichtmarktmäßige Aktivitäten
- C-8: Steuerwirkungen

Allerdings waren die Grenzen zwischen den Projektbereichen in der praktischen Forschungsarbeit fließend, wie dies die vielfältigen projektbereichsübergreifenden Themenschwerpunkte zeigen. Ein Überblick über die Forschungsaktivitäten des Sfb 3 ist in den Antrags- und Berichtsbänden zu finden; einige ausgewählte Arbeiten werden in den Abschlußbänden Hauser/Hochmuth/Schwarze (1991) und Hauser/Ott/Wagner (1991) dokumentiert.

Literatur:

- Hauser, Richard (1990), Der Sonderforschungsbereich 3 "Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik", in: Rapin, Hildgard (Hg.), Der private Haushalt im Spiegel sozioempirischer Erhebungen, Frankfurt, New York, S. 69-91.
- Hauser, Richard; Hochmuth, Uwe und Johannes Schwarze (Hg.) (1991), Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik - Ausgewählte Probleme

und Lösungsansätze, Weinheim (im Druck).

Hauser, Richard; Ott, Notburga und Gert Wagner (Hg.) (1991), Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik - Erhebungsmethoden, Analysemethoden und Mikrosimulation, Weinheim (im Druck).

Sonderforschungsbereich 3 (Antrags- und Berichtsbände):

- Antrag auf Einrichtung und Finanzierung des Sonderforschungsbereichs "Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik", Frankfurt, Mannheim 1977.

Antrag auf Förderung für die zweite Forschungsphase 1982-1984, Frankfurt, Mannheim 1981.

- Antrag auf Förderung für die dritte Forschungsphase 1985-1987, Frankfurt, Mannheim 1984.

- Antrag auf Förderung für die vierte Forschungsphase 1988-1990, Frankfurt, Mannheim 1987.

- Bericht über die Forschungstätigkeit in der ersten Forschungsphase 1979-1981, Frankfurt, Mannheim 1981.

- Bericht über die Forschungstätigkeit in der zweiten Forschungsphase 1982-1984, Frankfurt, Mannheim 1984.

- Bericht über die Forschungstätigkeit in der dritten Forschungsphase 1985-1987, Frankfurt, Mannheim 1987.

Sonderforschungsbereich 333 der Universität München

"Entwicklungsperspektiven von Arbeit"

Das Forschungsprogramm des 1986 gegründeten SFB 333 richtet sich auf die Ursachen, die Bedeutung und die Wirkungen von ausgewählten, wichtigen Veränderungen, die sich gegenwärtig im Bereich gesellschaftlicher Arbeit vollziehen: Neue Muster von Arbeitsteilung und Arbeitsorganisation, von Betriebs- und Beschäftigungsformen, von Lebens- und Arbeitsorientierungen.

Die insgesamt neun Projekte lassen sich in zwei Projektbereiche gliedern:

Das Forschungsinteresse der Teilprojekte im Projektbereich A konzentriert sich auf Veränderungen im Lebenszusammenhang der Arbeitskräfte, auf sozial typisierte Muster von beruflicher und außerberuflicher Lebensgestaltung und auf gewandelte Formen der Auseinandersetzung mit Anforderungen im Arbeitsprozeß:

A1 Veränderungen in der Arbeitsteilung von Personen: Zur sozialen Stabilisierungsfunktion alltäglicher Lebensführung

A2 Ursachen neuartiger Gefährdungen und Belastungen im Arbeitsprozess sowie Perspektiven für ihre Vermeidung

A6 Diskontinuierliche Erwerbsverläufe, Identitätsentwicklung und soziale Netzwerke junger Erwachsener

A7 Selektion und Sozialisation des Führungsnachwuchses

A8 Die Entstehung neuer Qualifikationstypen, neue Konkurrenzen und politische Folgen

Die Teilprojekte im Projektbereich B fragen in erster Linie nach Veränderungen in den institutionell-organisatorischen Strukturen, in denen Erwerbsarbeit geleistet wird, und - korrelativ hierzu - nach neuen Entwicklungen in den Politiken von öffentlichen Stellen, Betrieben und Verbänden, die sich auf Erwerbsarbeit und Arbeitskräfte beziehen.

B 2 Einflußgrößen und Entwicklungspfade posttayloristischer Rationalisierungsstrategien

B 3 Datentechnische Vernetzung im Betrieb und zwischen den Betrie-

ben und ihre Folgen für die Arbeitskräfte

B 5 Arbeitsmarktstrukturen und kleinbetrieblicher Sektor

B 6 Arbeitspolitische Steuerungswirkungen der Sozialversicherungssysteme

Doch darf diese Gliederung in zwei Projektbereiche nicht als Abtrennung und Besonderung von je "subjekt-orientierten" und "objektivistischen" Ansätzen und Forschungsperspektiven mißverstanden werden. Vielmehr kommt es dem SFB wesentlich darauf an, zu klären, wie sich das - konvergierende oder aber konflikthafte - Zusammentreffen von Entwicklungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen vollzieht, die jeweils durch starke Eigendynamik gesteuert sind.

Generell hat sich der SFB drei Ziele gesetzt:

- Empirisch jeweils konkrete Sachverhalte und Entwicklungen im Feld gesellschaftlicher Arbeit zu beobachten und zu beschreiben, von denen mit guten Gründen zu vermuten ist, daß sie neuartige Tendenzen und Zusammenhänge anzeigen;
- analytisch die Genese dieser Veränderungen zu erklären, ihre grundlegende Richtung zu bestimmen und ihre möglichen Folgewirkungen zu erfassen - wobei

insbesondere all den Phänomenen Aufmerksamkeit zu schenken ist, die in der herkömmlichen Sicht von Arbeit ausgeblendet bleiben;

- theoretisch zu prüfen, ob und inwieweit hierbei grundlegende gesellschaftsstrukturelle Prämissen - wie sie etwa in den Konzepten von Modernität und Industriegesellschaft enthalten sind - in Frage gestellt werden (müssen).

Eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung bleibt freilich im Programm des SFB offen (und wird von verschiedenen Teilprojekten auf axiomatischer Ebene unterschiedlich beantwortet): Bilden sich in den empirisch beobachtbaren Veränderungen derzeit bereits neue und längerfristig stabile technisch-ökonomische, sozio-politische und sozio-kulturelle Strukturen heraus? Oder ist das Ende des Umbruchs noch offen und erzeugen alle Ansätze partieller und sektoraler Stabilisierung immer wieder neue Instabilitäten, so daß die Suche nach neuen, die Zukunft prägenden Strukturen heute aussichtslos bleiben muß?

Unvollendete Statuspassagen

Eine Untersuchung zum Übergang vom Studium in den Beruf¹

1. Vorbemerkung

Werden Statuspassagen, die als "unvollendet" gekennzeichnet sind, zum Gegenstand eines Forschungsprojektes gewählt, so müssen zunächst drei "einfache" Fragen geklärt werden:

- Werden nur solche Passagen ausgewählt, die zum Zeitpunkt der Untersuchung unvollendet sind, die aber grundsätzlich noch zu Ende zu führen sind?
- Werden Statuspassagen sozusagen in ihrer Negation thematisiert, also als Passagen, die unter den Bedingungen der Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses und der daraus folgenden Diskontinuitäten von Biographien zu keinem "glücklichen Ende" kommen können, sondern

als unvollendete auf Dauer gestellt werden?

Womit die grundsätzliche Frage nach der u.U. ja auch von den ForscherInnen geteilten Norm gestellt ist:

- Wann kann eine Statuspassage denn eigentlich als beendet definiert werden?

Alle drei Fragen verweisen auf den zentralen Begriff "Statuspassage", der in den Projekten des SFB 186 gegenüber seiner Herkunft bei Glaser und Strauss (1971) in doppelter Weise eine Erweiterung, sozusagen eine "Vergesellschaftung" erfahren hat: zum einen in der Art seiner theoretischen Aneignung, zum anderen in der Weise seiner empirischen Anwendung auf vielfältige Transitionsprozesse im gesellschaftlichen Zusammenhang.

2. Fragestellung und Methoden

In dem Projekt, dessen Ansatz und Ergebnisse hier skizziert werden sollen², wird die Lebensphase nach Abschluß des Studiums als **"Statuspassage"** thematisiert, weil gesellschaftliche Institutionen wie auch die (betroffenen) Individuen selbst den Übergang in den Beruf erwarten. Die Statuspassage wird als **"unvollendet"** bezeichnet³, weil (auf dem Hintergrund des Wissensstandes zum Zeitpunkt der Beantragung) vorausgesetzt werden konnte, daß die AbsolventInnen des Studiums zum Zeitpunkt der Untersuchung den Übergang in den Beruf noch nicht abgeschlossen haben würden. Zur Bestimmung des Untersuchungszeitraumes wurde das Ende der Statuspassage eher forschungsökonomisch, denn theoretisch ausgelotet als der Zeitpunkt des Übergangs in eine statusadäquate, unbefristete Position im angestrebten Berufsfeld festgelegt, oder durch die selbstformulierte Entscheidung der Betroffenen, das Berufsfeld zu verlassen, als gegeben angenommen.

Ergebnisse über das **Ende der Statuspassage**, d.h. die klassische Frage der zumeist quantitativ vorgehenden Verbleibsforschung nach der letztend-

lichen Allokation der **"Statuspassanten"** im Beruf, stellen für unser Projekt nur einen Rahmen dar. Hierzu wurden quantitative Daten in zwei Erhebungen am Anfang und gegen Ende der Projektlaufzeit erhoben. Damit liegen Ergebnisse über den jeweils erreichten Status zwei bzw. vier Jahre nach Abschluß des Studiums vor.

Das zentrale Erkenntnisinteresse richtet sich aber nicht so sehr auf das Ende der Statuspassage, sondern auf den **Verlauf der Statuspassage** selbst. Daher wurde bereits im Titel die Frage nach neuartigen - sprich prekären - Arbeitsverhältnissen formuliert, die in der Phase des Übergangs zwischen Studium und akademischem Beruf höchst existentielle Relevanz erhalten. Handlungsbedingungen und Handlungsstrategien zur Bewältigung dieser risikoreichen Passage in den Beruf wurden mit Hilfe zweier qualitativer Untersuchungsschritte erhoben: in Experteninterviews⁴ mit potentiellen Arbeitgebern und in themenzentrierten Interviews mit den AbsolventInnen selbst.

Die Berufseinmündungsphase ist trotz einer inzwischen zu registrierenden Verbesserung der Arbeitsmarktsituation in vielen, vor allem akademischen Berufen immer noch für die AbsolventInnen durch das

Risiko gekennzeichnet, zeitweise arbeitslos zu werden, statusgemindert, befristet oder in ähnlich prekärer Weise unterhalb des Niveaus des Normalarbeitsverhältnisses beschäftigt zu werden. Individuell stellt sich für die AbsolventInnen diese Phase als besonders kritisch dar, weil in ihr gemäß einer Normalvorstellung vom Lebenslauf die berufliche und gesellschaftliche Integration als Erwachsene stattfinden sollte.

Für die Untersuchung wurden solche BerufseinsteigerInnen ausgesucht, die in der arbeitsmarkt- und berufspolitischen Diskussion (vgl. z.B. Kaiser u.a. 1981; Franke 1986; Biermann, Schmerl, Ziebel 1985; Schlegelmilch 1987; Bahn-Müller u.a. 1988; Reisert, Welzer 1988) als besonders risikobelastet gelten: Hochschulabgänger mit einem hohen Frauenanteil und in einem Berufsfeld, in dem aufgrund der staatlichen Finanzpolitik besonders restriktive Einstellungsbedingungen herrschen, AbsolventInnen sozialer und sozialpädagogischer Studiengänge, SozialarbeiterInnen, SozialpädagogInnen (Stooss 1985, Rein 1985, Maier 1988). Dabei wurden erhebliche Unterschiede in den Arbeitsmarktbedingungen sowie den Bewältigungsstrategien von Männern und Frauen erwartet.

Bei der Auswertung der AbsolventInnen-Interviews sind wir **einzelfall-**

analytisch vorgegangen⁵. Unser Interesse richtete sich auf die Strukturierung der eigenen Statuspassage als transitorische Phase im Kontext des gesamten Lebenszusammenhangs, auf Orientierungen, Situationsdefinitionen und Handlungsstrategien. Die je individuell gewählten Handlungsprinzipien zur Strukturierung der Situation der Berufseinstimmung bilden das Ziel der Einzelfallinterpretationen.

In der Einzelfallanalyse gilt dabei jeder Fall als exemplarisch für einen zu rekonstruierenden **Strukturtyp der Statuspassage**. Bei der Einzelfallanalyse geht es darum, die Besonderheit des Falls herauszuarbeiten. Im nächsten Schritt kommt es darauf an, eine Anzahl von Fallanalysen daraufhin zu betrachten, was allen diesen Fällen gemeinsam, typisch ist. Das methodische Instrument der Typenbildung ist der Vergleich zwischen einer Anzahl von Fallanalysen. Dieser Vergleich zielt auf das gemeinsam Besondere eines Teils der Fälle im Kontrast zu anderen Fällen und dem ihnen gemeinsamen Besonderen. Der Arbeitsschritt der Typisierung gliedert sich in

- die hypothetische begriffliche Formulierung von Typischem,
- die materialunabhängige Ausdeutung dieser Typisierung und

- die Kontrolle der Übereinstimmung von Begriffsbedeutung und Fallinterpretationen⁶.

3. Einige Ergebnisse

Im folgenden sollen einige **Ergebnisse** im Überblick aufgeführt werden. Dabei wollen wir einen Schwerpunkt auf die **Differenzen zwischen Männern und Frauen** bei der Bewältigung der Statuspassage legen. Dieses mag deshalb auch besonders interessieren, weil soziale Berufe quantitativ wie in ihrer inhaltlichen Ausrichtung und ihrer Struktur bisher eine Domäne von hochqualifizierten Frauen waren (vgl. Rabe-Kleberg 1987). Unsere Ergebnisse geben Anlaß für die Prognose, daß sich dies in absehbarer Zukunft zugunsten von Männern verändern wird, mit einschneidenden Konsequenzen für die Arbeitsmarktchancen akademisch qualifizierter Frauen⁷.

Bereits unsere erste quantitative Erhebung⁸ zeigt deutlich geschlechtsspezifische Unterschiede, die allerdings erst sichtbar wurden, nachdem alle Daten vollständig geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselt worden waren, ein Arbeitsschritt, der oftmals um den

Preis der Nichtbeachtung wesentlicher Unterschiede versäumt wird.

Von ca. 1.000 befragten AbsolventInnen in drei Hochschulregionen⁹ sind mehr als 2/3 weiblich, 1/3 männlich, unser Sample entspricht damit der Verteilung aller AbsolventInnen dieser Studiengänge.

Für unsere Fragestellung waren zunächst Informationen über die **Dauer** der Einmündungsphase wesentlich. Etwa ein Viertel aller AbsolventInnen hatte bereits zum Zeitpunkt des Examens ihre erste Stelle (so gut wie) sicher, bei rd. 18 % war diese Stelle sogar unbefristet. Unter diesem Kriterium von "Erfolg" zeigen sich jedoch einschneidende geschlechtsspezifische Unterschiede: Angesichts der Tatsache, daß etwa doppelt so viele weibliche wie männliche Absolventen auf den einschlägigen Arbeitsmarkt drängen, zeigen die Daten ein besonders kras- ses Verhältnis von Ungleichheit: nur etwa 1/8 der Frauen hat beim Examen eine Stelle sicher, dagegen 1/4 der Männer. Nach einem Jahr haben 50% der Männer ihre Statuspassage erfolgreich beendet, aber lediglich 35,7% der Frauen.

Zum Zeitpunkt der ersten Befragung, zwei bis drei Jahre nach Ende der Ausbildung, hatten von den Frauen im Vergleich zu der Ver-

teilung unter den Männern 10% weniger zumindestens vorübergehend in einer qualifizierten Stelle gearbeitet. Von den Frauen hatten auch mehr bereits eine zweite oder dritte Stelle, hatten also zuvor nur befristete Stellen bekommen. Zudem ist der Anteil Teilzeitarbeitender bei den Frauen doppelt so hoch wie bei den Männern (21,3% : 11,9%).

Über 20 % der Frauen sind nicht mehr daran interessiert, die Statuspassage in den Beruf zu beenden, unter den Männern sind dies ca. 10 %. Zu bedenken ist, daß dies in absoluten Zahlen viermal so viel Frauen wie Männer sind. Bei Frauen sind wesentlich familiäre Gründe ausschlaggebend, bei den Männern der Wunsch nach weiteren beruflichen Qualifikationen.

In der Statuspassage kommt es auf der Seite der Frauen also eher zu **Verzögerungen im Verlauf**, tendenziell zu einer **Minderung des Status'** beim Passagenende und öfter gänzlich zum **Abbruch der Statuspassage**. Dieses Ergebnis ist für einen Beruf mit einem hohen Frauenanteil und einer inhaltlichen Tradition als typischer Frauenberuf von erheblicher Bedeutung. Für die Frage, wie dieser Tatbestand begründet ist, ob im Einstellungsverhalten der Arbeitgeber oder in den unterschiedlich erfolgreichen Handlungsstrategien der männlichen

und weiblichen Absolventen, gibt die quantitative Erhebung mit ihren Daten nur einige Hinweise: Frauen und Männer schreiben ähnlich viele Bewerbungen, nehmen an ähnlich vielen Bewerbungsgesprächen teil. Männer haben aber offensichtlich ein deutlich besseres Netzwerk als Frauen, 30 % von ihnen sind von Freunden und Bekannten auf ihre erste Stelle aufmerksam gemacht worden. Unter den Frauen waren es nur 20 % (vgl. hierzu auch Wegener 1987, Bruckner; Knaup 1990). Frauen sind auch offensichtlich nicht so mobil wie Männer, deutlich weniger von ihnen haben eine Stelle außerhalb ihres Heimat- oder Studienortes angetreten (12 % : 19 %).

Diese Ergebnisse lassen Fragen nach dem "Produktionsprozeß" der Ungleichheit im Verlauf der Status-Passage zwischen Männern und Frauen noch offen.

Die 2. Erhebung, die Befragung potentieller Arbeitgeber im sozialen Berufsfeld hat ein breites Spektrum von Erkenntnissen erbracht, auf die hier nicht umfassend eingegangen werden kann. Vielmehr sollen vor allem Verlaufstypen von Statuspassagen in den Beruf vorgestellt werden, wie sie sich aus der Perspektive der Arbeitgeber darstellen¹⁰ und herausgestellt werden, in welcher Weise sich für AbsolventInnen hier-

aus dilemmatische Handlungsstrukturen ergeben und wie sich diese für Männer und Frauen unterscheiden.

In der Perspektive der Arbeitgeber finden wir drei Verlaufstypen des Übergangs in den Beruf, "Passagen ohne Aufenthalt", "Passagen mit Verzögerungen" und "Passagen in Projekten". Diese wollen wir im folgenden kurz beschreiben:

1. Passagen in den Beruf ohne Aufenthalt werden nur bei frühzeitiger Auseinandersetzung mit den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt möglich, d.h. noch im oder parallel zum Ausbildungsprozeß. Hierzu gehören Kontakte zu Trägern sozialer Arbeit, das Angebot unbezahlter Arbeitsleistung sowie die Thematisierung trägerspezifischer Aufgabenstellungen bereits in der Examensarbeit. Es handelt sich hierbei also nicht nur um eine gedankliche, sondern auch um eine praktische Antizipation zukünftiger Arbeit schon während des Bildungsprozesses. Dabei geht es nicht so sehr um Praxisorientierung der Bildungsinhalte, sondern darum, das in seinem Wert durch Überangebot gesunkene Bildungszertifikat durch möglichst kontinuierliche Praxis zu unterfüttern bzw. anzureichern, um so den erfolgversprechenden Vorsprung gegenüber MitbewerberInnen zu erlangen.

2. Verzögerungen in der Passage ergeben sich, wenn an die Hochschulausbildung mehrere berufsnah, spezialisierende Ausbildungsgänge anschließen. Es kommt so zur Kumulation von Bildungsprozessen, die mehr oder weniger auf den angestrebten Beruf hin orientiert sind. Als erfolgreich im Sinne der Einmündung in den Beruf sind verzögerte Passagen nur dann zu bezeichnen, wenn neben oder durch die zusätzlichen Bildungsgänge Kontakte zur beruflichen Praxis aufrecht erhalten werden. Ein solcher Nachweis von Kontinuität ist z.B. nicht gegeben, wenn ein Moratorium zwischen Studium und Beruf geschoben wird.

3. Bei Passagen in Projekten werden prekäre Arbeitsverhältnisse eingegangen, die eine Umdeutung zu Qualifikationsprozessen zulassen, Arbeitsphasen werden so als zusätzliche Bildungsprozesse verstanden. Die Auswirkungen der Deregulierung werden so individuell erträglich und sozial akzeptabel gemacht, ja, die Statuspassage selbst kann dann als Projekt verstanden werden. Immer mehr soziale Dienstleistungen werden projektförmig erbracht, d.h. als in sich abgeschlossene Vorhaben, die durch Finanzierungsmodalitäten eindeutig befristet und ausgestattet sind und die auf neue soziale Problemlagen zielen. Der Zeit-

raum zwischen der Projektidee und einer Einstellung als ProjektmitarbeiterIn kann bis zu 1,5 Jahren dauern, inzwischen müssen andere Erwerbsquellen erschlossen und evtl. weitere provisorische Arbeitsverhältnisse eingegangen werden, das Arbeitsmarktrisiko wird unberechenbar.

Die Erfolgchancen der aufgezeigten Einmündungswege differieren. Sie bemessen sich nach der Kontinuität der beruflichen Praxis - wenn auch nicht unbedingt in Form von Erwerbsarbeit -, danach, ob Lücken und Umwege im Werdegang vermieden werden. Es ist davon auszugehen, daß bei denjenigen, die ihre Statuspassage entsprechend strukturieren, eine Orientierung an der raschen Vollendung, an einem Normalarbeitsverhältnis und einer kontinuierlichen Erwerbsbiographie vorliegt. Die Risiken des Einstiegs - Diskontinuität, Dequalifizierung, Einbrüche in der sozialen Sicherheit - werden berufsbiographisch kleingearbeitet. Diesen Risiken werden individuelle Anstrengungen und eigenständige Strategien gegenübergestellt, um die Erfolgchancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Auch Passagen mit Verzögerungen und in Projekten können somit durchaus erfolgreich beendet werden, es gehört aber ein langer Atem dazu, sie erfordern eine selbstbewußt-unternehmerische Orientierung auf Seiten der

AbsolventInnen, die Bereitschaft, eine Durststrecke in Kauf zu nehmen und die damit verbundene Ungewißheit. Diejenigen aber, die die Statuspassage projekt-förmig durchlaufen, haben es oftmals geschafft: Gerade sie sind als MitarbeiterInnen gefragt, denn sie sind durch eine harte Schule gegangen. Gelungene Projekte können als Königsweg der Berufseinmündung gelten.

Unsere Ergebnisse zeigen, daß die transitorisch angelegte Passage zu einer Lebensspanne wird, in der die betroffenen Individuen neuartige Handlungsstrategien entwickeln müssen.

Die Passage vom Studium in den Beruf erfolgreich abzuschließen, stellt auf dem Hintergrund der Erwartungen potentieller Arbeitgeber höchste Ansprüche an die Lebens- und Karriereplanung der AbsolventInnen. Zusammenfassend können wir festhalten, daß die Berufseinmündungsphase auf drei Ebenen allerdings durch **dilemmatische Strukturen** gekennzeichnet ist, auf der normativen, auf der qualifikatorischen und auf der Ebene des Geschlechterverhältnisses.

1. Kontinuitätsdilemma: Die von Arbeitgebern an BerufseinsteigerInnen herangetragenen Erwartungen an kontinuierliche berufliche Praxis

oder berufsnahes soziales Engagement steht konträr zu den von den Arbeitgebern als Vertretern der Trägerverbände selbst angebotenen institutionellen Möglichkeiten wie auch zu den biographischen Ressourcen der AbsolventInnen, eine solche kontinuierliche Praxis zu realisieren. Die Notwendigkeit, berufsbiographische Kontinuität zu dokumentieren, treibt die Bereitschaft hervor, prekäre Arbeitsverhältnisse und biographische Arrangements einzugehen, die zwar oberflächlich als Kontinuität ausgewiesen werden können, deren Wesen aber durch persönliche Risiken und inhaltliche Zerrissenheit und in den Arbeitsverhältnissen durch zunehmende Prekarisierung bestimmt wird.

Die normative Setzung der Kontinuität und ihre Akzeptanz treibt somit Arbeitsverhältnisse hervor, die durch Diskontinuität gekennzeichnet sind. Arbeitgeber wie BerufseinsteigerInnen sind an diesem "Produktionsprozess" von Diskontinuität je spezifisch beteiligt.

2. Qualifikations-Dilemma: BerufsanfängerInnen werden bevorzugt in neuen Arbeitsfeldern eingesetzt, d.h. sie müssen selbständig verantwortlich ihre Arbeit und ihre Arbeitsstelle gestalten und sozusagen vom ersten Moment an Managementfunktionen übernehmen, ohne aber den entsprechenden Status einer Leitungsposition ein-

zunehmen, vielmehr stehen sie als AnfängerInnen am unteren Ende der Hierarchie. So sind Konflikte am Arbeitsplatz, mit den Vorgesetzten, den Trägern und anderen MitarbeiterInnen vorprogrammiert. Diese Konflikte sind institutionell bedingt durch widersprüchliche Erwartungen an die Ausübung der Arbeit.

3. Geschlechter-Dilemma: Die beiden beschriebenen Handlungsrisiken verschärfen das Geschlechterverhältnis in diesem Berufsfeld. Die Passage des Übergangs von der Ausbildung in einen Beruf mit hohem Frauenanteil, ist eine Phase der Reproduktion und damit Verfestigung jener Ungleichheitsstrukturen, die das gesellschaftliche Geschlechterverhältnis bestimmt. Mit unseren Ergebnissen lassen sich auf der Mikro-Ebene Schritte dieses Prozesses nachvollziehen:

- Die aufgrund der doppelten Vergesellschaftung (Becker-Schmidt) geschlechtstypische, kollektive Erfahrung von Diskontinuitäten in der gesamten Biographie generiert bei **Frauen** in Phasen verschärfter Arbeitsmarktrisiken offensichtlich **nicht** eine größere Arbeitsmarktkompetenz, sondern eher einen kurzfristigen, unökonomischen Umgang mit den eigenen und anderen (z.B. wohlfahrts-

staatlich bereitgestellten) Ressourcen.

- **Strukturmomente von Frauenberufen**, insbesondere im Bereich sozialer Dienstleistungen, können mit Karrierearmut und den dazugehörigen Anforderungen an das Verhaltensrepertoire ("sog. weibliches Arbeitsvermögen", Tabuisierung von Konkurrenz) bestimmt werden. Ist nun aber ein Einstieg in diesen karrierearmen Beruf nur auf der Basis eines geradezu karriereökonomischen Umgangs mit unterschiedlichen Ressourcen möglich, so ist für den Erfolg ein "Paradigmen-Wechsel" in der Orientierung der Frauen notwendig. Ein solcher Orientierungswechsel nimmt Zeit in Anspruch, was in der Konkurrenz mit dem quantitativ kleineren männlichen Teil der AbsolventInnen-Kohorte zu Verzögerungen und Verminderungen von Chancen führt, Verspätungen, die kaum aufholbar sind, weil die Frauen zudem an die weitere geschlechtsspezifische Biographieschwelle, die des Kinderkriegens, stoßen.
- **Männer** greifen in der Statuspassage auf Karrierestrategien zurück, die zwar kontrafaktisch zu den Strukturbedingungen dieses Berufes stehen, die ihnen aber offensichtlich als geschlechtstypische Verhaltensmuster zur

Verfügung stehen. Da in diesen Berufen Karrierewege nahezu nur für Männer, aber eben auch nur für **wenige** Männer bereitstehen, geraten Männer, die gerüstet mit selbstunternehmerischen Fähigkeiten in den Beruf eingestiegen sind, bald in Konflikt mit dem oben beschriebenen Problem der Statusinkonsistenz oder biographisch gesehen mit dem Problem des Altwerdens in einem Beruf, der ihnen keinen Aufstieg bietet.

Die hier referierten empirischen Ergebnisse haben strukturelle Dimensionen, die theoretisch auf das grundsätzliche Verhältnis von Geschlecht und Beruf verweisen¹¹.

Im Rahmen der 3. Erhebung brachte die Analyse der Interviews mit den BerufseinsteigerInnen wesentliche Erkenntnisse darüber, wie diese mit den aufgezeigten dilemmatischen Strukturen umgehen, oder allgemeiner, welche Haltung sie gegenüber dem Risiko der Statuspassage entwickeln und wonach ihre Handlungsstrategien im Prinzip charakterisiert werden können. Dabei haben wir drei **Strukturtypen** rekonstruiert,

- den der Statuspassage als **Berufsrisiko**,

- den der **Statuspassage als Orientierungskrise**,
- den der **Statuspassage als Gestaltungsspielraum**.

Der Strukturtyp der **Statuspassage als Berufsrisiko** stellt sich dar als Antwort auf das neuartige Risiko, beim Einstieg in den Beruf ungesicherte Arbeitsverhältnisse eingehen zu müssen. Andererseits erkennen wir in dem zweiten Strukturtyp der **Statuspassage als Gestaltungsspielraum** nicht nur die Antwort auf die Gleichzeitigkeit und Konkurrenz von traditioneller und alternativer Sozialarbeit, sondern ebenfalls eine moderne Variante der Lösung des Problems der Professionalisierung der eigenen Berufsrolle. Lediglich der Strukturtyp der **Statuspassage als Orientierungskrise** stellt sich als eine erwartbare Antwort auf das Problem des Umgangs mit biographischer Unsicherheit dar.

1. Strukturtyp "Statuspassage als Berufsrisiko": Die Statuspassage wird nicht nur als Risikolage antizipiert, sondern sie wird zum Bezugspunkt für die Entwicklung von Autonomie sichernden Handlungsstrategien. Gegenüber dem Einmündungsrisiko werden hier nicht kompensative Strategien beobachtbar, sondern im Gegenteil Strategien des Jonglierens mit unterschiedlichen Rationalitäten, Strategien des Coping, des Self-

managements sowie Strategien des berufsbiographischen Timing von Arbeits-, Fortbildungs- und Arbeitslosigkeitsssequenzen unter Berücksichtigung sozialstaatlicher Rechtsansprüche. Indem der Einmündungssituation die Bedeutung eines - anfängerspezifischen - Berufsrisikos zugeschrieben wird, kann ihm gegenüber professionell gehandelt werden. Die Aktivitäten und Entscheidungen laufen darauf hinaus, sich auf Dauer im Beruf niederzulassen, und zwar so, daß nicht nur die Berufsrisiken gar nicht erst zum Tragen kommen, sondern auch ein hohes Maß an beruflicher Identität gewährleistet ist.

Wir haben es hier also keineswegs mit "Machern" zu tun, sondern wir finden in allen Fällen ein explizites Interesse an einer weder bevormundenden noch stereotypen beruflichen Arbeit, ein hohes Niveau beruflicher Selbstreflexion und ein professionelles Selbstverständnis bereits am Beginn der Statuspassage. Vor diesem Hintergrund werden Zeiten der Arbeitslosigkeit keineswegs als Time off definiert, sondern tendenziell genutzt zur Spezialisierung und Weiterqualifizierung. Sie können in diesem Sinne sogar die Bedeutung von Freiräumen gewinnen, von durchaus willkommenen Atempausen, und sie führen auch dann, wenn sie sich über einen längeren Zeitraum er-

strecken, kaum zu einem krisenhaften Orientierungsverlust.

Unabhängig vom Zustand der Statuspassage kommt es bei den Fällen dieses Strukturtyps zu einer Reflexion der Ambivalenzen der Statuspassagen-Erfahrung: Eine erfolgreiche Berufseinmündung erscheint z.B. als das glückliche Ende einer Odyssee, eine unvollendete Berufseinmündung wird dennoch als Erfahrungsgewinn resümiert.

Viele unserer Interviews zeigen die besondere Relevanz des Milieus der Sozialarbeit sowie des generationspezifischen Erfahrungshintergrundes. Wir vermuten, daß die "Risikoakzeptanz" wesentlich über die Deutung der Probleme der Berufseinmündung als kollektives Schicksal geleistet wird.

2. Strukturtyp "Statuspassage als Orientierungskrise": Bei den AkteurInnen dieses Typs haben wir es gerade nicht mit dem selbstbewußten Unternehmertum gegenüber der eigenen Biographie zu tun. Der Fluchtpunkt der Bewältigung der Statuspassage besteht bei diesem Strukturtyp in der Definition des eigenen Professionalisierungs-Defizits. Aktivitäten in Richtung auf die Berufseinmündung werden nur zögerlich entfaltet. Der Orientierungsrahmen für die Auswahl der zukünftigen Arbeitsbedingungen bleibt diffus und entsprechend gewin-

nen Zufälle in hohem Maße Einfluß auf den Verlauf der Berufseinmündung; die Statuspassage bedeutet in erster Linie Verlust des alten Status "StudentIn", ohne daß ein neues Relevanz-System oder berufliche Normalitätsorientierungen schon vorlägen. Dies impliziert auch das Fehlen eines Prüfkatalogs gegenüber Stellenangeboten, und so kann es im Verlauf der Statuspassage als **Orientierungskrise** und insbesondere in Arbeitsverhältnissen zu bösen Überraschungen, sogar zu schockartigen Erfahrungen kommen. Die berufstypische AnfängerInnen-Erfahrung der Überforderung wird in der Statuspassage dieses Strukturtyps nur dort verhindert werden können, wo gleichzeitig zufälligerweise günstige Bedingungen der Entlastung vorgefunden werden, etwa bei einer Teilzeitarbeit oder aber in einem solidarisches Arbeitsteam. Liegen solche günstigen Bedingungen nicht vor, dann kommt es tendenziell zu einer spiralförmigen Krisenentwicklung, in der die Problematiken und Risiken des sozialen Berufs wie in einem Zeitraffer zusammenfallen. Dort allerdings, wo solche glücklichen Umstände angetroffen werden, wo die Arbeitsverhältnisse günstig für die Entwicklung des im Studium nicht gewonnenen beruflichen Selbstverständnisses sind, bestehen gute Chancen für das Kleinarbeiten des unterstellten Kompetenzdefizits und

für den Aufbau einer ausbalancierten Berufsrollen-Identität.

Es gibt gute Gründe zu vermuten, daß die Statuspassage als Orientierungskrise häufiger bei Frauen zu finden ist. Dies mag mit dem Paradoxon zu tun haben, daß der Einstieg in den sozialen Beruf, der als frauenspezifischer weder von dem Inhalt der Arbeit noch von der Struktur der Arbeitsverhältnisse auf Konkurrenz und Karriere angelegt ist, offensichtlich nur durch Handlungsmuster zu bewältigen ist, die als "karriereökonomisch" zu bezeichnen sind. Die Statuspassage vom Strukturtyp Orientierungskrise kann verstanden werden als Folge der doppelten Vergesellschaftung der Frauen. Das Problem besteht zum einen darin, daß der bisher auch für die Geschlechtsidentität eher unproblematische soziale Status der Studentin verloren ist, ein Orientierungsrahmen für die Verwirklichung von Berufsrollen- und Geschlechtsrollen-Identität gleichzeitig und in integrierter Form nicht vorhanden ist. Selbst dort, wo sowohl die berufliche als auch die Familienkomponente der Identität bereitliegen, müssen immerhin noch die losen Enden unter den neuen Bedingungen zusammengebunden werden.

3. Strukturtyp: "Statuspassage als beruflicher Gestaltungsspielraum": Bezugspunkt für die Definition der Si-

tuation der Statuspassage ist bei diesem Typus der Entwurf einer beruflichen und persönlichen Rollenidentität - und nicht etwa von einer strategischen Bewältigung des Einstiegsrisikos bzw. des Problems der sozialen Integration. Die Sozialarbeits-Szene wird im Hinblick darauf betrachtet, wo sie Freiräume für die Realisierung dieses Rollenmodells und für eine Sozialarbeit als gesellschaftlicher Veränderung birgt. Auf der Suche nach einer Nische für ihre Verwirklichung gerät das Einmündungsproblem als Risiko in den Hintergrund. Alles hängt bei diesem Strukturtyp der Statuspassage davon ab, ob Bedingungen für die Professionalisierung der eigenen Berufsrolle gefunden werden. Da diese Konzeption am Beginn des Erwerbslebens nur theoretisch geformt ist, kommt es bei der Statuspassage dieses Strukturtyps immer wieder zu Erfahrungen nach dem Muster der "Offenbarung". Kann die Konzeption von Sozialarbeit in der Praxis nicht kleingearbeitet werden, hält die Prüfung der eigenen beruflichen Arbeit am Maßstab der Authentizität nicht stand, dann kommt es hier tendenziell zur Abwanderung aus dem Beruf.

Bei den Akteuren dieses Strukturtyps haben wir es aber keineswegs mit Dogmatikern der traditionellen oder aber alternativen Couleur zu tun,

vielmehr mit äußerst verletzbaren Rollenspielern, die aus der Not der Risikolage eine biographische Chance herauslesen, ohne damit gleichzeitig einer Kritiklosigkeit gegenüber ihrem Beruf anheim zu fallen. Akteure dieses Typs sind - trotz ihrer Ideale - in der Lage, Kompromisse einzugehen, sich weitgehend den Geboten des Arbeitsmarktes zu beugen und z.B. auch Umwidmungen und Reorganisationen am Arbeitsplatz zu akzeptieren. Dort, wo diese Kompromißbereitschaft überstrapaziert wird, beginnt das eigentliche Risiko dieses Statuspassage-typs, die Identitätskrise.

4. Schluß

Die von uns untersuchte Statuspassage zwischen Studium und Beruf im Bereich sozialer Arbeit (als einem exemplarischen Segment des Akademiker-Arbeitsmarktes) hat die Bedeutung einer eigenständigen Lebensphase mit einer besonderen "Zwischenraumlogik". Von dieser Statuspassage erwartet die von uns untersuchte Kohorte nicht etwa, daß sie sich wie ein Status-Wechsel ohne Aufenthalt vollzieht, sondern wie eine Transition von unbestimmter Dauer. Auch dann, wenn sich die Passage über mehrere Jahre erstreckt und zum Zeitpunkt der

Befragung noch nicht vollendet wurde, wird sie nicht als gescheitert interpretiert. Wir gehen davon aus, daß die Subjekte mit dieser Selbstwahrnehmung auf die Risikostruktur ihres beruflichen Arbeitsmarktes reagieren: die prekären Arbeitsverhältnisse und der diskontinuierliche Passagenverlauf werden als "neue" Normalität anerkannt. Dies wird begünstigt durch die berufsfeldspezifische Ausprägung der Einstiegspassage: Die AbsolventInnen werden nämlich nicht systematisch am Berufseintritt gehindert aber auch nicht vollständig in den Beruf integriert.

Wir waren davon ausgegangen, daß die Bewältigung dieser instabilen Lebenslage eigener Definitionen und Strategien bedarf. Ihre Analyse hat zur Unterscheidung von drei Strukturtypen der Statuspassage geführt: Nach dem ersten stellt die Statuspassage mit ihren prekären Arbeitsverhältnissen und Unsicherheiten ein Berufsrisiko dar, das ebenso wie Berufsrisiken im allgemeinen mit professionellen Strategien in Schach gehalten wird. Nach dem zweiten Strukturtyp entfaltet sich in dieser Einstiegspassage ein Krisenpotential, es kommt zu grundsätzlichen biographischen Irritationen und Orientierungsproblemen. In einem dritten Typ bildet sich die Passage demgegenüber als Gestaltungsspielraum ab, in dem professionelle und bio-

graphische Vorstellungen und Ideen erprobt werden.

Die verschiedenartigen und zumeist prekären Arbeitsverhältnisse, die die Subjekte in ihrer Statuspassage eingehen, zeigen ihre problematische, risikoreiche Struktur allerdings erst, wenn sie mit den Standards und Normen konfrontiert werden, die im Berufsfeld herrschen. Durch die Untersuchung konnten wir diese dilemmatische Struktur als Widerspruch von Erwartungen an berufliche Kontinuität auf Seiten der Arbeitgeber und von prekären Beschäftigungsverhältnissen für die BerufseinsteigerInnen formulieren.

Von spezifischer Relevanz sind die Ergebnisse des SFB-Projektes vor allem dort, wo sie auf Veränderungen der Verhältnisse der Geschlechter im Berufsfeld sozialer Dienstleistungen aufmerksam machen. Bedingungen des Berufseinstiegs wirken sich in dreifacher Weise aus:

- aktuell auf die nach Geschlechtern hierarchisierte Verteilung von Chancen,
- längerfristig auf berufliche Chance überhaupt (vgl. auch Bloßfeld 1985a, b), aber auch
- auf Veränderungen des Berufsfeldes, das bisher eine typisch weibliche Domäne war¹².

Die Ergebnisse weisen aber über das Material hinaus. So verschwinden die temporären Bedingungen und Erfahrungen von Risiken und Ungleichheiten also nicht mit der Vollendung bzw. dem Abbruch der Statuspassage, sondern produzieren weiterreichende **institutionelle wie individuelle Konsequenzen**. Statuspassagen werden so zu einem Ort, an dem gesellschaftliche Spannungsverhältnisse zwischen Institutionen und Individuen zu erkennen sind - insbesondere auch das gesellschaftlich strukturierte Verhältnis zwischen den Geschlechtern.

Veröffentlichungen

- Antrag (1987): Unvollendete Statuspassagen zwischen Studium und Beruf: Auf dem Weg zu neuartigen Arbeitsverhältnissen in sozialen Berufen? Teilprojekt B3, Leiterin: Dr. U. Rabe-Kleberg.
- Arbeits- und Ergebnisbericht (1991) zum o.g. Projekt.
- Behrends, Johann; Rabe-Kleberg, Ursula (1991): Institutional Gatekeeping in the Life Course. A Conceptual Sketch. Vortrag 2nd International Symposium des SFB 186, Februar 1991. Bremen. i.V.
- Grabke, Erika (1991): Zwischenräume. Über die Problematiken der Einmündung in eine sozialarbeiterische Berufspraxis. Bremen
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike (1990): Experteninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Garz, Detlef; Kraimer, Klaus (Hg.): Qualitative Sozialforschung in der Anwendung. Köln.
- Nagel, Ulrike (1991): Roleshaping: Die Statuspassage in den sozialen Beruf. In: Hauptert, Bernhard; Kraimer, Klaus: Zur Reichweite qualitativer Verfahren in der Sozialarbeit und Sozialpädagogik (SFB-Arbeitspapier, in Vorbereitung).
- Nagel, Ulrike; Rabe-Kleberg, Ursula (1990a): Einstieg in den Beruf - Handlungschancen von SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen in einer schwierigen Lebensphase. In: Stellenlos, aber nicht arbeitslos. Existenzunsicherheit von Akademikerinnen und Akademikern auf dem "rauen" Arbeitsmarkt (Loccumer Protokolle 4/1990)
- Nagel, Ulrike; Rabe-Kleberg, Ursula (1990b): Veränderungen im Verhältnis von Bildung und Arbeit im Leben von Männern und Frauen. Am Beispiel der Statuspassage von der Hochschule in den Beruf. Vortrag 25. Soziologentag. Frankfurt
- Rabe-Kleberg, Ursula (1988): Wenn der Beruf zum Ehrenamt wird. Auf dem Weg zu neuartigen Arbeitsverhältnissen in sozialen Berufen. In: Müller, Siegfried; Rauschenbach, Thomas (Hg.): Das soziale Ehrenamt. Nützliche Arbeit zum Nulltarif. Weinheim/München
- Rabe-Kleberg, Ursula (1988): Unvollendete Statuspassagen. In: Pankoke, Eckart (Hg.): Kultur als Arbeit. Kulturinitiativen in der Beschäftigungskrise (Essener Gespräche zur politischen Kultur). Essen
- Rabe-Kleberg, Ursula (1990): Sozialer Beruf und Geschlechterverhältnis. Oder: Soziale Arbeit zu einem Beruf für Frauen machen! In: Cremer, Christa; Bader, Christiane; Dudeck, Anne (Hg.): Frauen in sozialer Arbeit. Zur Theorie und Praxis feministischer Bildungs- und Sozialarbeit. Weinheim/München, 60-71
- Rabe-Kleberg, Ursula; Nagel, Ulrike; Grabke, Erika; Scholz, Heike (1990): Unvollendete Statuspassagen? Über Prozesse

der Berufseinmündung in soziale Berufe. In: Dressel, Werner u.a.; Schober, Karen (Hg.): Lebenslauf, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik (BeitrAB 133). Nürnberg, 101-119

Sonstige Literatur

- Bader, Reinhard u.a. (Hg.) (1987): Studenten im Schatten des Arbeitsmarktes. Studienwahl, Studium und Berufseinmündung zwischen Wunschtraum und Realitätssinn. Frankfurt/New York
- Bahn-Müller, Reinhard u.a. (1988): Diplom-Pädagogen auf dem Arbeitsmarkt. Ausbildung, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in einem Beruf im Wandel. Weinheim/München
- Biermann, Ingrid; Schmerl, Christiane; Ziebel, Lindy (1985): Leben mit kurzfristigem Denken. Eine Untersuchung zur Situation arbeitsloser Akademikerinnen. Ergebnisse der Frauenforschung, 1. Weinheim
- Franke, Heinrich u.a. (Hg.) (1986): Berufliche Verbleibsforschung in der Diskussion. BeitrAB 90.4), Nürnberg
- Glaser, B.G.; Strauss, A.L. (1971): Status Passage. Chicago
- Maier, Konrad (1988): Relativ gute Chancen auf dem knapper werdenden Arbeitsmarkt (Forschungs- und Projektberichte). Freiburg
- Kaiser, Manfred u.a. (1981): Fachhochschulabsolventen beim Übergang vom Studium in den Beruf, BeitrAB 24), Nürnberg
- Rabe-Kleberg, Ursula (1987): Frauenberufe - Zur Segmentierung der Berufswelt. Theorie und Praxis in der Frauenforschung, Bd. 6. Bielefeld
- Rabe-Kleberg, Ursula (1991): Männer in Frauenberufen. In: Frauenforschung 1 + 2
- Rein, Martin (1985): Women in the Social Welfare Labour Market (=IIN-LNP 85/18, Wissenschaftszentrum). Berlin
- Reisert, Reiner; Welzer, Harald (1988): Draußen vor der Tür - Zur Situation von Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt. In: Soziale Welt, Heft 3, 361-374
- Schlegelmilch, Cordia (1987): Taxifahrer Dr. phil. Akademiker in der Grauzone des Arbeitsmarktes. Opladen
- Stooss, Friedrich (1985): Perspektiven der sozialen Berufe auf dem Arbeitsmarkt. Vervielfältigtes Typuskript. Nürnberg

Anmerkungen

- 1 Teilprojekt B3 des SFB 186 "Unvollendete Statuspassagen im Übergang zwischen Studium und Beruf: Auf dem Weg zu neuartigen Arbeitsverhältnissen in sozialen Berufen?" Team: Ulrike Nagel und Erika Grabke als wissenschaftliche, Heike Scholz und Anette Mielcarczyk als studentische Mitarbeiterinnen.
- 2 Vgl. Antrag 1987, vgl. Arbeits- und Ergebnisbericht 1991; der Bericht wurde von Ulrike Nagel und Ursula Rabe-Kleberg gemeinsam verfaßt.
- 3 Im Projektantrag vorsichtigerweise mit einem Fragezeichen versehen.
- 4 Vgl. zum methodischen Vorgehen Meuser; Nagel 1990.
- 5 Vgl. zur ausführliche Darstellung des methodischen Vorgehens: Grabke 1991.
- 6 Vgl. zur ausführlichen Darstellung des methodischen Vorgehens Nagel 1991.
- 7 Vgl. für das "verwandte" Berufsfeld "Krankenpflege" auch Rabe-Kleberg 1991.
- 8 Durchgeführt in Kooperation mit Konrad Maier, FH Freiburg.
- 9 Wesentliche regionale Unterschiede werden in dieser Darstellung vernachlässigt.
- 10 Vgl. ausführlich Rabe-Kleberg, Grabke, Nagel, Scholz 1989.
- 11 Vgl. ausführlicher: Nagel; Rabe-Kleberg 1990b.
- 12 Vgl. ausführlich hierzu Behrens, Rabe-Kleberg 1991.

Gesundheitsgefährdende Lebensbedingungen und Lebensstile im Jugendalter

1. Die Lebensphase Jugend - eine Bestandsaufnahme

Die Lebensphase Jugend birgt ein erhebliches Stimulierungs-, aber auch Belastungspotential in sich. Jugendliche müssen eine rapide Veränderung ihrer psycho-physischen Disposition in einer Zeitspanne bewältigen, in der von ihnen mit massivem Nachdruck soziale Integrationsleistungen, nämlich soziokulturelle Anpassungs- und ökonomisch relevante Qualifikationsanforderungen, verlangt werden. Sie sind dabei den Widersprüchen und Inkonsistenzen der sozialen Erwartungsstrukturen ihrer Umwelt ausgesetzt. Die normativen Vorgaben und Erwartungen sind vielfach unklar oder widersprüchlich oder werden nicht eindeutig symbolisiert und präsentiert.

Jeder Jugendliche muß in diesem Verständnis bei der Bewältigung situations-, lebensphasen- und alters-typischer Aufgaben und Anforderungen als ein **"produktiver Realitäts-verarbeiter"** gesehen werden. In jeder Stufe der Entstehung und Entwicklung von Abweichung, Auffälligkeit und Beeinträchtigung setzt ein dynamischer Such- und Sondierungsprozeß ein, der eine Neuorganisation der personalen und der sozialen Ressourcen mit sich bringt. Ob es zur Entstehung und Verfestigung von Abweichung, Auffälligkeit und Beeinträchtigung kommt, hängt von der moderierenden Kraft und der Wirksamkeit der personalen und sozialen Ressourcen ab, die bei jedem Entwicklungsschritt eingesetzt werden. Nach jeder Stufe der Entwicklung kann es bei effektivem Einsatz der Bewältigungs- und Unterstützungsressourcen zu einem positiven Ausgang, also zu einer

normalen, befriedigenden und gesunden Weiterentwicklung der Persönlichkeit kommen. Bei ineffektivem oder nichtgelingendem Einsatz der Bewältigungs- und Unterstützungsressourcen kann es hingegen zum Vorschreiten im Prozeß der Entwicklung von Abweichung, Auffälligkeit und Beeinträchtigung kommen. Das individuelle Bewältigungsverhalten ist mit den Interaktions- und Sozialstrukturen der Lebenswelt und somit mit den Macht- und Ungleichheitsstrukturen der Gesellschaft auf das engste verwoben. Der je individuelle Verarbeitungs- und Bewältigungsstil geht von den konkreten Möglichkeiten und Restriktionen aus, die die menschliche Existenz zum jeweiligen sozialen und historischen Zeitpunkt charakterisieren (Hurrelmann 1989).

Für Altersphasen im Lebenslauf, wie z.B. die Jugendphase, werden in jeder Gesellschaft spezifische Verhaltensmuster erwartet und bestimmte soziale Teilnahmekancen eingeräumt. Mit Teilnahmekancen ist der Zugang zu bestimmten sozialen Rollen oder Segmenten von ihnen gemeint. Die Realisierung der Teilnahmekancen bedeutet zugleich die Übernahme von sozialer Verantwortung. Die Definition der Verhaltensmuster und Teilnahmekancen für die Jugendphase ist in westlichen Industriegesellschaften dadurch charakterisiert, daß diese Phase nicht als eine eigenständige, sondern

als eine Übergangsphase zwischen Kindheit und Erwachsenenheit verstanden wird. In soziologischer Perspektive ist die zentrale gesellschaftliche Funktion der Jugendphase das allmähliche Erlangen der Selbständigkeit und der Erwerb der Werte, Normen, Fähigkeiten und Verhaltensmöglichkeiten, die für den kompetenten Eintritt in die beruflichen, rechtlichen, politischen, kulturellen, religiösen, familialen, partnerschaftlichen und sexuellen Rollensegmente des Erwachsenenstatus notwendig sind.

Der gesellschaftlichen Funktion der Jugendphase korrespondiert in sozialisationstheoretischer Sicht die Bewältigung von Entwicklungsaufgaben und die Lösung von Beziehungskrisen. Die Jugendlichen haben sich unter anderem folgenden, miteinander teilweise eng zusammenhängenden Anforderungen zu stellen und folgende Kompetenzen zu erwerben (Hurrelmann & Engel 1989):

- die veränderte Körpererfahrung verarbeiten, wobei insbesondere das sexuelle Verlangen bewältigt und in gesellschaftlich akzeptiertes heterosexuelles partnerschaftliches Verhalten einbezogen werden muß;
- die Ablösung von den eigenen Eltern bewerkstelligen und eine Selbstbestimmung des sozialen

Verhaltens, auch im wirtschaftlichen Geschäfts- und im Konsumbereich, entwickeln;

- soziale Kontakte zu Gleichaltrigen aufbauen und in den Beziehungen zu ihnen Selbstbestätigung und Selbstverwirklichung suchen;
- ein eigenes Wert- und Normensystem sowie ethnisches und politisches Bewußtsein entwickeln und mit dem eigenen Verhalten in Übereinstimmung bringen;
- eine intellektuelle Leistungskompetenz aufbauen und Selbstverantwortung für die Schullaufbahn übernehmen;
- die Berufswahl und den Berufseintritt vorbereiten und eine berufliche Zukunftsperspektive mit dazugehöriger Lebensplanung entwickeln.

Die befriedigende Bewältigung dieser Entwicklungsaufgaben und die Lösung der hiermit verbundenen Beziehungsprobleme ist Voraussetzung für die Konstituierung der persönlichen und sozialen Identität - der Aufbau einer Persönlichkeit, die in ihrer Umwelt selbständig entscheidungs- und handlungsfähig ist, in eine sichere soziale Beziehungsstruktur einbezogen ist und zugleich die eigene Person als unverwechselbar und einmalig empfindet.

2. Lebensweise, Persönlichkeitsentwicklung und Gesundheit

Die neueren sozialisationstheoretischen Ansätze gehen - unterstützt durch medizin- und gesundheitssoziologische Modelle - von der Erkenntnis aus, daß die reflexive Beziehung eines Menschen zu seinen existentiellen Lebensbedingungen auf der einen und seinem eigenen Körper und der inneren Struktur von Bedürfnissen, Motiven und Interessen auf der anderen Seite unter heutigen Lebens- und Arbeitsbedingungen sehr schwer herzustellen und aufrechtzuerhalten ist. Durch den zunehmenden Prozeß der Entinstitutionalisierung von Lebensübergängen bei Enttraditionalisierung von Werten und Normen sowie der Entsinnlichung von alltäglichen Lebenserfahrungen durch Mediatisierung (Massenmedien, EDV) sind erhebliche Anforderungen an die Koordination und Steuerung des eigenen Handelns gerichtet. Voneinander abgegrenzte Lebensbereiche, die sich durch die Differenzierung in gesellschaftliche Teilsysteme mit jeweils spezifischen institutionellen und organisatorischen Erscheinungsformen ausprägen, bergen für jeden Menschen, auch und gerade junge Men-

schen, die Gefahr, sich in verschiedenen Lebenswelten auch verschieden wahrzunehmen, zu bewerten und zu erleben.

Die wachsende Partikularisierung von Lebensbereichen erhöht das Risiko einer gelingenden Identitätsbildung ebenso wie der zunehmende Druck zur individualisierten Gestaltung von Lebenslaufübergängen, durch den die eigene Lebensgeschichte anfällig für unvorhersehbare Brüche und Umdispositionen wird. Menschen bauen ihre persönliche Lebensweise im Verlauf der Persönlichkeitsentwicklung in der Aneignung von und Auseinandersetzung mit ihrer natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt auf. Dabei greift jeder Mensch auf das Reservoir an Werten, Normen und Handlungsmustern zurück, das seine soziale Gruppe bereitstellt und im Sozialisationsprozeß vermittelt, schöpft dieses Reservoir aber in einer individuellen Weise aus und gibt ihm persönliche Akzentuierungen. Die individuelle Lebensweise, die durch die Verarbeitungs- und Bewältigungsstile sowie Selbstbild- und Identitätsmuster charakterisiert ist, ist sozialstrukturell, interaktionsdynamisch, kulturell und ökologisch verankert und kontextuell eingebunden. Jede Form der individuellen Verarbeitung und Lebensbewältigung ist eine Form sozialen Handelns, in das die Erfahrungs- und Deutungsmuster und die Handlungs-

kompetenzen der Person und ihrer sozialen Bezugsgruppen eingehen.

In gesundheitssoziologischer Sicht wird damit **Gesundheit als Teil lebensgeschichtlicher und sozialer Entwicklung** verstanden. Gesundheit als ein Prozeß ist nur möglich, wenn ein Individuum flexibel und zielgerichtet den jeweils optimal erreichbaren Zustand der Koordination von inneren und äußeren Anforderungen bewältigt, dabei eine zufriedenstellende Kontinuität des Selbsterlebens (Identität) sichert und eine persönliche Selbstverwirklichung in Abstimmung mit und Rücksichtnahme auf Interaktionspartner ermöglicht. Gesundheit ist kein **statisch-stabiler Dauerzustand, sondern ein Gleichgewichtsstadium** zwischen verschiedenen Kräften und Anforderungen, das auf der Basis der bisherigen lebensgeschichtlichen Kontinuität immer erneut hergestellt werden muß (Uexküll 1981).

Körperliche, seelische und soziale Gesundheit in diesem umfassenden Verständnis ist im Jugendalter nur möglich, wenn eine Person konstruktive Sozialbeziehungen aufbauen kann, sozial integriert ist, die eigene Lebensgestaltung an die wechselhaften Belastungen des Lebensumfeldes anpassen und dabei die persönlichen Bedürfnisse ausdrücken und Sinnerfüllung finden

kann, und wenn dieses im Einklang mit den biogenetischen und physiologischen Potentialen und den körperlichen Möglichkeiten geschieht. Treten in einem der genannten Bereiche Beeinträchtigungen auf, können sie Ausstrahlungseffekte auf die anderen Bereiche haben. Deshalb ist eine isolierte Betrachtung nur der körperlichen, psychischen oder sozialen Dimension des Verhaltens einer Person zur Identifizierung von Gesundheitsbeeinträchtigungen in gesundheitssoziologischer Perspektive untauglich (Mechanic & Hansell 1988).

Gesundheit ist durch subjektive Verarbeitung gesellschaftlicher Verhältnisse charakterisiert. Strukturelle Krisen der Gesellschaft im Arbeits- und Lernbereich und im Bereich der sozialen (Partner-)Beziehungen führen zu Konflikten und Frustrationen, die eine effektive Bewältigung der subjektiv erfahrenen Lebensbelastungen blockieren. Konflikte in der Familie, in der Schule und auch im Freundeskreis spiegeln die komplexen und komplizierten Lebensbedingungen der individualisierten Lebensweise heutiger Gesellschaften wider, die durch den hohen Grad an materiellem Wohlstand bei großem Risiko des Scheiterns an psychosozialen Belastungen charakterisiert ist.

3. Ergebnisse bisheriger Untersuchungen

Studien über die differenzielle Verarbeitung unterschiedlicher sozialer Lebenslagen im Jugendalter konzentrieren sich in der Regel jeweils auf einzelne Erscheinungsformen von auffälligem Verhalten, wie z.B. Aggressivität, Kriminalität, Drogenkonsum und psychosomatische Störungen. Vereinfachend wird die jeweils nicht den "normalen" Standards entsprechende Verhaltensausprägung je nach Bereichen meist als (sozial) abweichend, (psychisch) auffallend und (physisch) beeinträchtigend bezeichnet. Diese Begriffe werden in der Absicht gewählt, rein beschreibende und so wenig wie möglich wertende Akzente zu setzen. Dabei sind die Grenzen zwischen den drei Symptombereichen fließend und werden nur aus systematischen Gründen voneinander abgehoben. Auch sind die Grenzen zwischen den Kategorisierungen eher fließend. In jeder historischen Epoche und jeder konkreten gesellschaftlichen Situation wird sie nach jeweils andersartigen Kriterien entschieden.

Soziale Abweichung und psychische Auffälligkeit sind gesellschaftlich

definierte Symptome. Welches Verhalten eines Jugendlichen den Eltern, Lehrern, Sozialarbeitern, Psychologen, Ärzten oder anderen professionellen Instanzen der Vorsorge und Versorgung als auffällig erscheint, hängt maßgeblich von deren jeweiligen Werthaltungen und Einstellungen sowie sachbezogenen Beurteilungsfähigkeiten und damit auch dem beruflichen Ausbildungshintergrund sowie der institutionellen Eingebundenheit ab. Eltern und Lehrer weichen z.B. in ihrer Einschätzung dessen, was als psychisch auffälliges Verhalten gewertet wird, teilweise stark voneinander ab, weil sie von den Verhaltensweisen eines Jugendlichen in unterschiedlicher Weise betroffen sind (Rutter 1980). Die einschlägigen sozialepidemiologischen Studien kommen für die wichtigsten Bereiche des psychosozial auffälligen und gesundheitsbeeinträchtigenden Verhaltens zu folgenden Erkenntnissen (Engel & Hurrelmann 1989):

Psychosoziale Auffälligkeiten

Repräsentative Survey-Studien kommen im Durchschnitt zu der Schätzung, daß etwa **10-12% der Kinder im Grundschulalter** an ernststen und behandlungsbedürftigen psychischen Störungen leiden. Die Häufigkeitsangaben schwanken in den verschiedenen Untersuchungen aber erheb-

lich, da sie auf unterschiedlichen Erfassungsmethoden beruhen. Im Durchschnitt kann im Jugendalter nach den vorliegenden Studien von einer Prävalenzrate von **15-20%** ausgegangen werden, während die Werte für die erwachsene Bevölkerung noch etwas höher bei **über 20%** anzusetzen sind. Unter den genannten **10-20% Auffälligen** verbirgt sich ein schwer quantifizierbarer Anteil nur leicht psychisch beeinträchtigter Menschen, die mit ihren Lebensanforderungen Schwierigkeiten haben und darüber starken Leidensdruck empfinden. Die Gruppe der Auffälligen umfaßt andererseits aber auch einen Kern von **ca. 5%**, die im engen Sinn des Wortes psychisch krank und unbedingt behandlungsbedürftig sind, gleich, ob sie einen subjektiven Leidensdruck empfinden und ihn auszudrücken vermögen oder nicht.

Im Bereich psychosomatischer und gesundheitlicher Beschwerden hat sich - wie in anderen Altersgruppen - auch bei Jugendlichen in den letzten Jahrzehnten ein starker Rückgang der früher dominierenden Infektionskrankheiten und damit ein deutlicher Wandel des Krankheitspektrums von den "akuten" zu den "chronischen" Krankheiten bemerkbar gemacht. Auch der Rückgang nicht-infektiöser Krankheiten wurde teilweise wieder kompensiert durch

die Zunahme der Herz-Kreislaufkrankheiten, Krebskrankheiten und angeborenen Schädigungen. Allerdings liegt der Anteil Jugendlicher an ärztlichen Behandlungsfällen sowohl bei akuten als auch bei chronischen Erkrankungen deutlich unter dem Anteil Erwachsener. Für das Kindes- und Jugendalter haben Petermann, Noecker und Bode (1987) eine aktuelle Schätzung der Häufigkeit chronischer Krankheiten vorgelegt. Demnach sind vor allem Bronchitis, Asthma, Herzfehler, Epilepsie, Diabetes und Krebserkrankungen stark verbreitet, mit teilweise steigender Tendenz. Die Autoren schätzen, daß etwa **7-10% aller Kinder und Jugendlichen** von chronischen Krankheiten betroffen sind. Zusätzlich ist von ca. **5%** Seh-, Hör-, Sprach-, Lern- und geistig Behinderten auszugehen (Hurrelmann 1990).

Ebenso sind psychosomatische Erkrankungen, bei denen also psychosoziale Konflikte als Krankheitsursache angenommen werden, sowohl bei Erwachsenen als auch bei Jugendlichen im Zunehmen begriffen. Als spezielle Psychosomatosen des Jugendalters gelten **Anorexia nervosa, Bulimie u.a.**, aber auch Entfremdungssyndrome und Dysmorphophobien, die mit den Veränderungen des körperlichen Erscheinungsbildes im Zusammenhang gesehen werden (Hurrelmann & Lösel 1990).

In der Forschung besteht Übereinstimmung darin, daß psychische und physiologische Beeinträchtigungen in unmittelbarem Zusammenhang miteinander stehen. In entwicklungspsychologischen Untersuchungen wird das Jugendalter als eine Übergangsphase im Lebenslauf mit einer intensiven und beschleunigten Veränderung der Anforderungen dargestellt. Die Entwicklung in einer Übergangsphase ist dann angemessen und erfolgreich, wenn ein Jugendlicher in einem dosierten Maße mit Veränderungen und situativen Anforderungen konfrontiert wird. Die Übergangssituation kann in diesem Fall effektiv zur "Umprogrammierung" und Weiterschreibung des vorhandenen Verhaltensrepertoires genutzt werden. Die gelungene Erfüllung der Anforderungen stellt eine neue Konstellation dar, die von einem Jugendlichen nach entsprechend als erfolgreich klassifiziert wird. Die Verhaltensanforderungen erscheinen als Herausforderungen, denen gegenüber man sich in einer produktiven Weise verhalten hat. Kommt es aber zu Anforderungen, die das aktuell gegebene Verhaltensrepertoire überfordern, die insbesondere die Koordination der verschiedenen Verhaltensprogramme in den verschiedenen Entwicklungsbereichen überbeanspruchen, so ist die Gefahr einer mißlingenden Bewältigung der Situation und das Auftreten

von Abwehrtendenzen, Ausweichen-tendenzen und auffälligem Verhalten gegeben.

Störungen und ernsthafte Krisen der Persönlichkeitsentwicklung treten demnach vor allem auf, wenn Veränderungen in verschiedenen Entwicklungsbereichen nicht in einer berechenbaren Abfolge auftreten, sondern häufig zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die Vielfalt der Entwicklungsaufgaben im Jugendalter erfordert aktive Anpassungsleistungen und aktive Bewältigungsleistungen in verschiedenen Bereichen, um den Aufbau von Verhaltensprogrammen für die Auseinandersetzung mit den jeweiligen Anforderungen vorzunehmen (Coleman 1980).

Schulische Leistungs- und Konzentrationsschwierigkeiten im Jugendalter sind eng mit psychischen und sozialen Störungen der Persönlichkeitsentwicklung verbunden. Solche Störungen können der Hintergrund für die schulischen Schwierigkeiten sein, sie können aber auch Folgeerscheinungen von schulischen Leistungsproblemen sein. In der Regel ist im Kindes- und Jugendalter schulisches Leistungsver-sagen assoziiert mit einem breiten Spektrum von Symptomen der Auffälligkeit, des abweichenden und delinquenten Verhaltens und der Gesundheitsbeeinträchtigung. Hierin spiegelt sich die zentrale Bedeutung, die dem

schulischen Leistungsstand im Selbstbild Jugendlicher zukommt.

Allgemein neigen Jugendliche aus Familien mit niedrigem sozialen Status offensichtlich eher zu aggressiven, konfliktorientierten und dissozialen Verhaltensweisen. Es liegt nahe, diese Ausprägung als einen Indikator dafür zu nehmen, daß diese Jugendlichen sich in ihrer Chancenentwicklung im Vergleich zu anderen benachteiligt fühlen. Demgegenüber überwiegen die innengerichteten Symptome in den Mittel- und Oberschichten. Insgesamt sind quantitativ die Auffälligkeiten in den unteren Sozialschichten häufiger, was auf einen allgemeinen Zusammenhang mit ungünstigen sozialen Lebensbedingungen, schlechter wirtschaftlicher Lage, ungünstiger Wohnsituation, schlechter Struktur von Freizeitangeboten im Wohnviertel usw. hinweist.

Drogenkonsum

Ein großes Problem stellt nach wie vor der Drogenkonsum dar. Der Einstieg in ein "stoffgebundenes Suchtverhalten" beginnt eindeutig schon im Kindesalter, und zwar über die legalen Drogen, insbesondere die Genußmittel Alkohol und Tabak. Die Mehrzahl der Jugendlichen beschränkt ihren Drogenkonsum auf

solche legalen Substanzen. Eine Minderheit experimentiert zusätzlich über einen Zeitraum von einigen Jahren mit leichten illegalen Drogen, wobei an erster Stelle Haschisch steht. Ein kleiner Teil derjenigen, die Haschisch konsumieren, geht vorübergehend oder dauerhaft auf den Konsum von schweren illegalen Drogen, wie etwa Heroin, ein. Es gibt also eine typische Abfolge des Gebrauchs verschiedener Drogen im Jugendalter, wobei die scheinbar harmlosen legalen Drogen als eine Art Vorläufer der illegalen Drogen betrachtet werden müssen. Der Konsum illegaler Drogen hat offenbar seinen "Modecharakter" verloren, dessen Höhepunkt mit der Propagierung von Haschisch als einer "Kultdroge" zusammenfiel. Der Kern der regelmäßigen Konsumenten ist aber zugleich eher gewachsen, die langfristigen gesundheitlichen Auswirkungen sind teilweise gravierend.

Weiterhin ist auf den steigenden Arzneimittel- und Medikamentenmißbrauch hinzuweisen. Arzneimittel können als eine spezifische Form von "Drogen" bezeichnet werden. Sie sind Stoffe, die angewendet werden, um krankhafte körperliche und/oder psychische Zustände von Menschen zu verhindern, zu lindern oder zu heilen. Arzneimittel beeinflussen also Körperfunktionen und seelische Zustände. Kommt es ohne medizinische Indikation in einer zu hohen Dosis oder in

zu häufiger Wiederholung zur Anwendung eines Arzneimittels, so können wir von einem Arzneimittelmißbrauch sprechen. Viele Studien weisen für die letzten Jahre auf ein spürbares Anwachsen der Verbreitung der Arzneimittel und eine Zunahme des Arzneimittelmißbrauchs hin.

In allen Untersuchungen wird deutlich, wie stark ungünstige Sozialisationsbedingungen in der Familie, insbesondere ein kontrollierender und restriktiver Erziehungsstil der Eltern und ein ungünstiges emotionales Familienklima, den Alkoholkonsum im Jugendalter begünstigen. Jugendliche, die nicht gelernt haben, familiäre Konflikte produktiv anzugehen, sondern diese zu leugnen oder zu verdrängen, sind stärker durch Alkohol gefährdet als Jugendliche, die über die Fähigkeit verfügen, sich aktiv mit ihren alltäglichen Problemen auseinanderzusetzen. Auch der Gebrauch illegaler Drogen ist lebensgeschichtlich weit verästelt und betrifft die gesamte Struktur der Lebenswelt (Engel, Nordlohne, Hurrelmann & Holler 1988).

4. Gesundheitsstatus und Gesundheitsbewußtsein bei Jugendlichen

Im Vergleich zu anderen Altersgruppen erscheinen Jugendliche auf den ersten Blick als **relativ gesunde Bevölkerungsgruppe**. Das gilt auch, wenn wir als Indikator die Mortalitätsquote heranziehen, also beobachten, wieviel Todesfälle auf jeweils 100 000 Angehörige einer Altersgruppe auftreten. Diese Mortalitätsquote ist in der Altersgruppe der 5- bis 12jährigen am kleinsten, gefolgt von der der 13- bis 21jährigen. Allerdings: Die Relationen beginnen sich **in den letzten Jahrzehnten** zu verschieben. Jugendliche in der **Altersgruppe der 12- bis 21jährigen** sind nämlich die einzige Altersgruppe, deren Mortalitätsquote sich seit 1960 deutlich erhöht hat. Durch Fortschritte der medizinischen Forschung und der ärztlichen Praxis, durch Weiterentwicklungen der psychischen und sozialen Beratung und durch Verbesserungen von sozialen und materiellen Lebensbedingungen konnte die Mortalitätsquote bei den Kleinstkindern und auch in der älteren Bevölkerung in diesem Zeitraum deutlich gesenkt werden. Nicht so bei den Bevölkerungsgruppen im zweiten Lebensjahrzehnt. Obwohl auch in diesen Alters-

gruppen erfolgreich die todesgefährlichen Infektionskrankheiten bekämpft werden konnten und heute auch tatsächlich in geringerem Maße zum Tode führen, haben diejenigen Todesursachen zugenommen, die auf soziale, Umwelt- und Verhaltensfaktoren zurückzuführen sind. Aktuellste Statistiken aus den USA zeigen z.B., daß inzwischen die drei häufigsten Einzelursachen für Todesursachen im zweiten Lebensjahrzehnt **Unfälle, Mord und Selbstmord** sind (Rutter 1980; Hurrelmann 1990).

Auch die Krankheitsursachen und das Spektrum von Krankheiten haben sich im Zeitraum der letzten drei Jahrzehnte bei Jugendlichen verschoben. Verletzungen, die teilweise zu erheblichen Langzeitfolgen und Behinderungen führen, und die auf Unfälle zurückzuführen sind, machen heute einen erheblichen Teil der Krankheitsfälle aus. Im Vergleich zu den 50er Jahren sind auch **Drogenkonsum und die Folgen des Drogenkonsums** sowie sexuell übermittelte Krankheiten und - insbesondere in der nordamerikanischen Kultur - Frühschwangerschaften bei Mädchen stark angewachsen. Nach einschlägigen Statistiken sind Unfälle der häufigste Grund für Krankenhausaufenthalte. Behandlungen im Zusammenhang mit Drogenkonsum

und Drogenmißbrauch spielen ebenfalls eine große Rolle (Kandel 1980).

Stark zugenommen haben in den letzten Jahren auch depressive Syndrome, vor allem bei weiblichen Jugendlichen, Ernährungsstörungen, Krebskrankheiten und Diabetes.

Diese Entwicklungstrends werfen ein Schlaglicht auf die Probleme, vor denen wir stehen: Durch bestimmte soziale, psychische, emotionale und auch sexuelle Verhaltensweisen werden im Jugendalter Beeinträchtigungen der Gesundheit ausgelöst, die bis weit in das Erwachsenenalter hinein ausstrahlen oder sogar den Gesundheitszustand im Erwachsenenalter deutlich mindern können. Und zusätzlich: Viele der Verhaltensweisen im Jugendalter, wie etwa Konsum legaler Drogen, falsche Ernährung, zu wenig Bewegung und falsche Körperpflege, machen sich im Jugendalter selbst nicht beeinträchtigend bemerkbar, bilden aber den Ausgangspunkt für teilweise schwere chronische Krankheiten im späteren Erwachsenenalter, wobei wir insbesondere auf Herz-Kreislauf-Krankheiten und auch auf Krebskrankheiten blicken müssen. Jugendliche haben nicht das gleiche Gesundheitsbewußtsein und den gleichen Gesundheitsbegriff wie Erwachsene. Sie haben ein umfassendes und ganzheitliches Verständnis von Gesundheit als Wohlbefinden, das solche aktuel-

len Verhaltensweisen nicht ausschließt, die objektiv Gesundheitsbeeinträchtigungen sind, aber eben subjektiv zum Wohlbefinden (im Moment und in der Situation) beitragen.

5. Medizinische und psychosoziale Versorgung Jugendlicher

Im Vergleich zu anderen Altersgruppen stellt die Altersgruppe der etwa 10-bis 20jährigen eine solche dar, die wenig mit sozialen, psychischen und medizinischen Beratungs- und Behandlungsinstitutionen in Berührung kommt. In dieser Hinsicht handelt es sich gesundheitspolitisch bei Jugendlichen, vor allem im zweiten Lebensjahrzehnt, um eine unterversorgte Bevölkerungsgruppe. Obwohl typischerweise in diesem Lebensabschnitt im sozialen, psychischen, physiologischen und körperlichen Bereich erhebliche Umstellungen von größter Tragweite auftreten, ist der Anteil von Arztbesuchen und Besuchen bei Beratungsstellen z.B. deutlich unterdurchschnittlich im Vergleich zu anderen Altersgruppen der Bevölkerung.

Der Besuch insbesondere von Hausärzten, also vor allem Allgemeinärzten oder Internisten, ist nicht so rege, wie er objektiv eigentlich sein müßte. Viel Jugendliche haben über mehrere Jahre hinweg keinen Kontakt zu einer ärztlichen oder psychologischen Stelle. Schätzungen rechnen mit bis zu **15% Jugendlichen, die nicht die medizinische Versorgung erhalten, die sie eigentlich unbedingt nötig hätten.** Diese Anteile steigen in Bevölkerungsgruppen, die in ökonomisch ungünstiger Lage leben, sowie in Bevölkerungsgruppen der ethnischen Minderheiten stark an. Nach diesen Statistiken erfolgen die häufigsten Arztbesuche (in dieser Reihenfolge) beim Arzt für Allgemeinmedizin, Internisten, Kinderarzt, Gynäkologen und Psychiater. Die häufigsten Besuche nach Zahl entfallen auf die Merkmalsbereiche Schwangerschaft, medizinische Grunduntersuchung, Akne, Knochenbrüche und Verrenkungen, Allergien, Atemwegserkrankungen, Entzündungen im Beckenraum, neurotische und andere psychische Störungen, Entzündungen im Hals-Nasen-Ohren-Bereich. Diese Arztbesuche sind nach den vorliegenden Statistiken im Durchschnitt kürzer als die Besuche anderer Altersgruppen. Vermutlich kommen insbesondere die sozialen und psychischen Ausgangskonstellationen für Gesundheitsbeeinträchtigungen bei diesen Arztbesuchen verhältnismäßig wenig zur Spra-

che und werden auch nur im geringen Ausmaß Bestandteil des Behandlungskonzeptes der Ärzte. Auch die vielfältigen Probleme, die Jugendliche im Zuge der altersbedingten Sexualkontakte haben, spiegeln sich in diesen ärztlichen Behandlungsstatistiken nicht angemessen wider (Millstein 1988).

Die Hauptursachen für die Unterversorgung Jugendlicher liegen vermutlich in deren eigenem Verhalten, in den sozialen und psychischen Barrieren, die sie selbst gegenüber dem Arztbesuch oder dem Besuch bei anderen beratenden professionellen Personen empfinden. Normalerweise sind Jugendliche über die Versicherung der Eltern krankenversichert, was mit ein Grund dafür sein kann, sich - in einer Ablösungsphase vom Elternhaus - **nicht** an einen Arzt des eigenen Vertrauens wenden zu können und zu wollen. In ihrem Bestreben, sich nicht in allen ihren Problemen, die ja teilweise sehr privater Art sind, den eigenen Eltern gegenüber zu öffnen, verzichten sie so lieber auf einen Arztbesuch, auch wenn sie ihn objektiv für sinnvoll erachten mögen. Hinzu kommen mag auch die Sorge, daß **der Arzt selbst den Eltern gegenüber keine volle Vertraulichkeit bewahrt.**

Diese Unsicherheit der Jugendlichen entspricht nicht selten einer Unsi-

cherheit des Fachpersonals. Ärzte, Arzthelfer und nicht speziell geschulte psychologische Berater sind unvorbereitet auf die spezifischen Gesundheitsprobleme, die Jugendliche ihnen vortragen. Das gilt besonders in Problembereichen, die in unserer Gesellschaft nur wenig öffentlich diskutiert werden, also etwa sexuellen Problemen, sexuell übertragenen Krankheiten, Geschlechtskrankheiten, Schwangerschaftsverhütung usw. Jugendliche gelten in Fachkreisen als schwieriges Klientel, bei dem sowohl sozial als auch finanziell ein starkes Engagement sich nicht lohnt. Unsicherheiten und mangelndes Engagement auf Seiten des Fachpersonals überträgt sich wiederum auf die ohnehin schon vorhandene Zurückhaltung von Jugendlichen, so daß sich diese beiden Effekte gegenseitig aufschaukeln können.

Eine nicht unbeträchtliche Rolle für die Zugangsschwierigkeiten zu ärztlichen und psychologischen Diensten mag auch **der Informationsmangel spielen, der bei Jugendlichen charakteristisch ist.** Da sie typischerweise in ihrem Lebensabschnitt nicht an die Langzeitfolgen von gesundheitsgefährdendem Verhalten denken und auch aus anderen Gründen gegenüber Krankheitsgefahren nicht sensibel sind, sind auch Motivation und Antrieb gering, sich um ärztliche und psychologische Beratungsstellen und deren Arbeitsweisen zu kümmern.

Dieses Informationsdefizit mag auch so weit gehen, daß in vielen Fällen die Ungewißheit über die finanzielle Absicherung und die versicherungsrechtlichen Hintergründe ein Hemmnis für das Aufsuchen von professioneller Hilfe darstellt.

6. Ansätze für Gesundheits- erziehung und Gesundheits- förderung

Der wesentliche Impuls für solche im umfassenden Sinn gesundheitsfördernde Konzepte kam aus der Erfahrung der begrenzten Reichweite **der rein wissensvermittelnd informativ-aufklärend angelegten Programme der Gesundheitserziehung.** Sie folgen meist einem pädagogisch begründeten Programm von Einzelmaßnahmen, das auf gesundheitsgerechte Verhaltensänderungen bei den Adressaten abzielt. Gesundheitserziehung in diesem Verständnis stand lange Zeit im Vordergrund von präventiven Strategien in verschiedenen Arbeitsbereichen der Jugend- und Bildungsarbeit. **Die Erfolge einer solchen aufklärungsorientierten Erziehung sind jedoch begrenzt,** weil Wissen und Information nur unter bestimmten Umständen den Faktoren sind, die sozial fest

verankertes Verhalten verändern können.

Nicht in jeder Situation ist es für eine Person sinnvoll, sich objektiv gesundheitsgerecht zu verhalten. Wie wir gesehen haben, ist auch gesundheitsgefährdendes Verhalten eng mit den alltäglichen Lebensroutinen verbunden und in eine lebenslagentypische Lebensweise einbezogen. Tabak- und Alkoholgenuß z.B. kann einen Ausgleich von Streßsituationen am Arbeitsplatz oder auch im Freizeitleben bedeuten. Das objektiv gesundheitsgefährdende Verhalten "Drogenkonsum" kann insofern auch entlastende Funktionen in Bezug auf andere Risiken haben. Das kognitive Wissen um die gesundheitsgefährdende Wirkung von einzelnen Verhaltensweisen spielt deshalb nicht unbedingt eine steuernde Rolle. Ähnliches gilt für nachlässige/falsche Ernährung, riskantes Verkehrsverhalten etc.

Gesundheitsgefährdendes Verhalten ist häufig nur die symptomatische Erscheinung einer **tieferliegenden sozialen Bewältigungskrise**. Deshalb sind die üblichen Präventionsprogramme, die sich auf Informations- und Aufklärungsmaßnahmen beziehen, im Ansatz unzureichend. Sie ignorieren die sozialstrukturellen Bedingungsfaktoren des gesundheits-schädigenden Verhaltens und die innerpsychische sowie soziale Bedeu-

tung, die eine vordergründig selbstschädigende Verhaltensweise für den einzelnen haben kann.

Es ist für effektive Maßnahmen wichtig, **das gesamte soziale Umfeld** in die gesundheitserzieherischen Maßnahmen einzubeziehen, indem Jugendliche oder Erwachsene im Kontext ihrer familiären, schulischen/beruflichen und freundschaftlichen Beziehungen angesprochen werden. Es geht um die Frage, wie die Bedürfnisse nach Unabhängigkeit, intensivem Erleben, Gemeinschaft, mitmenschlichen Beziehungen, Selbsterkenntnis, Selbstverwirklichung und Selbstsicherheit befriedigt werden können. Drogen z.B. suggerieren in ihrem Umfeld die Verwirklichung dieser Wünsche. Sie können nur ersetzt werden, **wenn alternative Formen der Bedürfnisbefriedigung an ihre Stelle treten**. Die von Jugendlichen oft als einengend empfundenen Kommunikations- und Beziehungsmöglichkeiten in Familie und Schule z.B. können dieses offensichtlich nicht ausreichend leisten. Jugendliche suchen nach Kommunikationsmöglichkeiten, die über den Rahmen dieser Sozialisationsinstanzen hinausgehen. Im Kern müssen deshalb gesundheitsfördernde Maßnahmen den Versuch machen, **Jugendliche in ihrem Bemühen nach eigenen Lebensformen zu unterstützen**.

Erwachsene und - stärker noch - Jugendliche haben, wie dargestellt, ein lebensweltbezogenes Gesundheitskonzept und nehmen auch objektiv gesundheitsgefährdendes Verhalten als einen sozial integrierten Bestandteil ihres Alltags wahr. Programme der Gesundheitsförderung mit dem Ziel der Verhaltenskorrektur müssen deshalb ihre soziale Umwelt mit ihren vielschichtigen Erscheinungsformen einbeziehen und die sozio-kulturellen und ökonomischen Lebensbedingungen in ihrer Verflechtung mit Gesundheitsphänomenen thematisieren. Nur wenn Gesundheitsförderung als **Hilfe zur Lebensbewältigung** verstanden wird und alle Bedingungen berührt, die mit der lebensspezifischen Bewältigung von Problemen in Zusammenhang stehen, kann eine Intervention potentiell Aussicht auf Erfolg haben (Franzkowiak 1986).

Wie kann eine "umfassende Gesundheitsförderung" im Jugendalter, verstanden als präventive Intervention in kontextuellem Verständnis, die auf das soziale, psychische und körperliche Wohlbefinden von Jugendlichen in Schule, Familie, Freizeit und Beruf zielt, aussehen?

1. **Im Schulbereich** ist in erster Linie an ganzheitliche und erfahrungsbezogene Konzepte der Pädagogik zu denken, die neben schulpädagogischen auch sozial- und jugendpä-

dagogische Elemente aufnehmen. Ziel der Maßnahmen in diesem Bereich muß es sein, die Schule zu einem anregenden Bestandteil des Alltags von Jugendlichen werden zu lassen, der wichtige Erfahrungsräume eröffnet und einer persönlichen Selbstentfaltung dienlich ist. Die Schule muß dazu Arbeits- und Übungsräume mit verschiedenartigen Lernsituationen anbieten können, die als persönlich wichtig und sinnvoll empfunden werden. In diesem Sinn ist eine gute Schule ein sozialer Raum mit "generalpräventiver" Wirkung für abweichende und auffällige Verhaltensweisen.

Natürlich kommt der Schule als organisierter Bildungseinrichtung eine besondere Rolle bei der Umsetzung von Gesundheitserziehungsprogrammen zu, die die Verbindung von Gesundheit und Arbeit, Umwelt, Kultur und gesellschaftlichen Sozialstrukturen herstellen und Einzelinformationen über Gesundheitsbeeinträchtigung zusammentragen. Neben dem aufklärerischen Unterricht kommt vor allem dem musischen, künstlerischen und sportlichen Bereich eine wichtige Rolle zu. Im schulischen Bereich können Körperbewußtsein und Sinnesfreude entwickelt und in diesem Sinn in eine umfassende pädagogische Konzeption der Gesundheitsförderung gestellt werden.

2. Für den familiären Handlungsbereich von Jugendlichen gilt, daß durch Interventionsmaßnahmen ein geeignetes Maß von ökonomischer Sicherheit und kultureller Anregung gegeben sein muß, wenn Jugendliche z.B. von der Aufnahme eines gesundheitsgefährdenden Drogenkonsums abgehalten werden sollen. Befriedigende Beziehungen zu Eltern sind die beste Voraussetzung hierfür. **Durch aktive familien- und jugendpolitische Vorkehrungen müssen Familien in die Lage versetzt werden, auch in ökonomischen oder psychologischen Krisensituationen eine verlässliche Bezugsgruppe zu bleiben.** Familien sind im Kindes- und Jugendalter die wichtigsten informellen Gesundheitserzieher. In der Familie werden die Grundeinstellungen zum späteren Gesundheitsverhalten geprägt. In den alltäglichen gesundheitsrelevanten Tätigkeiten wie Zahnpflege, Ernährung, Arztbesuch, Sauberkeit, Impfung, Kleidung, Aufklärung über sexuelle Fragen, Unfallverhütung usw. werden die Grundlagen für Konzepte des Körperbewußtseins, eines gesundheitsrelevanten Lebensstils und des Selbstwertgefühls gelegt.

3. Für den Freizeitbereich Jugendlicher gilt, daß Erlebnis- und Erfahrungsräume für Jugendliche bereitgestellt sein müssen, die sie von den kommerziellen Verlockungen ebenso abhalten können wie von abweichen-

den und gefährlichen Abenteuererlebnissen mit Cliquen. Hier liegt das große Dilemma darin, daß Jugendlichen sozial und materiell gesehen sehr viel möglich ist, aber eine wirkliche Herausforderung und Befriedigung ihrer Interessen und Bedürfnisse nicht möglich wird, weil die Medien- und Konsumwelt ihnen oft nur oberflächliche Erfüllung ermöglicht und meist nur den Schein von Abenteuer und Erlebnis vermittelt. Es fehlen "ernste" Herausforderungen und Selbsterfahrungen, die eine Erprobung eigener Körpertätigkeit und psychischer und sozialer Kompetenz gestatten. Es fehlen die Räume für nichtkommerzielle, nichtorganisierte, nichtpädagogisierte nichtbetreute Aktionen und Tätigkeiten, in denen die eigenen Möglichkeiten und Grenzen des Verhaltens erprobt werden können, in denen in tastender Absicht auch gegen "Recht und Ordnung" verstoßen werden darf. Unsere hochzivilisierte und durchrationalisierte Lebenswelt hat solche Freiheitsräume für Jugendliche heute weitgehend verschüttet. Hier liegt eine große Herausforderung für Jugendarbeit und Jugendhilfe, die versuchen muß, solche Räume "künstlich" neu zu schaffen, also soziale Ressourcen der Stimulation und Unterstützung der gesunden Persönlichkeitsentwicklung zu konstruieren, die durch die Organisation der

Alltagsabläufe in Industriegesellschaften verlorengegangen sind.

Die Gesundheitsförderung hat zu beachten, daß als unterstützend empfundene soziale Beziehungen direkte Auswirkungen auf das Wohlbefinden im körperlichen, psychischen und sozialen Bereich haben und auch eine Voraussetzung für die Veränderung von belastenden Lebensbedingungen sind. Die Unterstützung beim Aufbau und der Pflege von sozialen Beziehungen ist aus diesem Grund ein wichtiger Bestandteil der Jugendarbeit und Jugendberatung. Jugendlichen muß Gelegenheit gegeben werden, eine Artikulation und Realisation ihrer eigenen Bedürfnisse vorzunehmen - durch Selbsthilfegruppen, Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Leben in Lebensgemeinschaften mit bestimmten Handlungszielen usw. Zur Entwicklung der Selbstorganisationskompetenz von Jugendlichen und Jugendlichengruppen bedarf es meist des Angebots von Ressourcen und auch des Aufzeigens von Wegen für Kontakte und Arbeitsmöglichkeiten. Hier müssen neue Wege versucht werden, auch wenn die gesellschaftsstrukturellen Voraussetzungen teilweise nur engste Spielräume erlauben.

4. Im Arbeitsbereich hat eine "netzwerkorientierte" Gesundheitsförderung von dem Ziel auszugehen, einen positiven Arbeitsbegriff zu ver-

wirklichen, der die Möglichkeit bietet, Sinnvolles zu schaffen, gesellschaftliche Nützlichkeit zu erfahren, Produkte zu entwickeln und zu gestalten, sich als Person auszudrücken und darzustellen, Ideen und Gedanken in die Tat umzusetzen und zu verwirklichen. Die Bemühungen dürfen sich also nicht nur auf den Schutz vor physikalischen und biochemischen Risiken am Arbeitsplatz beschränken. Die Arbeitsbedingungen müssen so gestaltet sein, daß sie sich an psychosoziale Möglichkeiten und Bedürfnisse der Arbeitenden anpassen. Eine Erweiterung der Handlungsspielräume, eine bessere Aufklärung über arbeitsbedingte Krankheitsrisiken und eine Förderung von unterstützenden Arbeitsbeziehungen wirkt sich auf die Gesundheit der Erwerbstätigen positiv aus. Weiter geht es darum, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die eine Identifizierung mit dem Produkt der Arbeit möglich machen.

Vor allem geht es in der Jugendarbeit gegenwärtig darum, **überhaupt Möglichkeiten für Arbeit im Jugendalter zu schaffen und gegen die hohe Arbeitslosigkeit vorzugehen.** Der Erwerbsbereich bildet auch in unserer "Freizeitgesellschaft" den wesentlichen Bereich der Selbstdefinition und des Prestiges. Unsere Gesellschaft stürzt Jugendliche in ungeheure Schwierigkeiten,

wenn sie ihnen keine Garantie für einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz nach Abschluß der Schulzeit anbietet. Sie zerstört damit die lebensnotwendige minimale Kalkulierbarkeit von Zukunft, auf die Jugendliche in ihrer Lebensphase angewiesen sind. Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ist seit Jahrzehnten - neben Heirat und Familiengründung - der entscheidende symbolische Schritt ins Erwachsenenalter. Wird er nicht gewährt, entziehen wir Jugendlichen das soziale Fundament für eine gesunde Persönlichkeitsentwicklung.

Gesundheit muß - wie diese beispielhafte Erörterung zeigt - zum Thema der gesamten Bildungs- und Entwicklungsgeschichte eines Menschen gemacht und in umfassende Konzepte der Gesundheitsförderung einbezogen werden, die die Problemkomplexe Umwelt, Hygiene, Ernährung, soziale Sicherheit, Zukunftsorientierung, Lebensstil, Selbsterfahrung und Selbsterleben aufnimmt. Gesundheitsförderung ist in diesem Verständnis ein interdisziplinäres Gebiet von Medizin, Biologie, Epidemiologie, Psychologie, Psychiatrie, Soziologie und Pädagogik. Noch existiert kein integriertes System der Gesundheitsförderung, das Gesundheitserziehung, Gesundheitsaufklärung und Gesundheitsberatung umfaßt, sondern diese Praxisfelder sind in verschiedene Bereiche

aufgesplittet. Denkbar wäre es, die verschiedenen Aktivitäten zusammenzufassen, indem in einem ersten Schritt eine gemeindenähe Gesundheitsberatung in Zusammenarbeit von Gesundheitsämtern und Ärzten mit Ehe- und Konfliktberatung, Erziehungsberatung, Schulsozialarbeit, Jugendberatung, Schwangerschaftskonfliktberatung, Drogenberatung, Krisenberatung usw. aufgebaut wird (Franzkowiak 1986).

Gesundheitsförderung läßt sich nicht alleine durch den Gesundheitssektor fördern und bewahren, sie verlangt vielmehr ein koordiniertes Zusammenwirken unter Beteiligung aller Verantwortlichen im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssektor, in nichtstaatlichen und selbstorganisierten Verbänden und Initiativen sowie in lokal verantwortlichen Institutionen und schließlich auch in Industrie und Medien. Gesundheitsförderung umfaßt mehr als medizinische und soziale Versorgung, sie muß auf allen gesellschaftspolitischen Ebenen aktiv betrieben werden. Die vorbeugende Komponente der Gesundheitsförderung liegt darin, durch Bildungs- und Erziehungsmaßnahmen kollektiv und individuell auf eine verantwortungsbewußte gesunde Lebensweise hinzuwirken, eine aktive Mitwirkung bei der gesundheitsfördernden Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu stimulieren

und zugleich auf vermeidbare Zustände des Verhaltens und der Lebensbedingungen einzuwirken. Wird auffälliges und gesundheitsbeeinträchtigendes Verhalten - nicht nur, aber auch - verstanden als eine Verarbeitung von ungünstigen Lebenslagen und als ein Versuch, das eigene Leben trotzdem so produktiv wie möglich zu gestalten, dann muß konsequenterweise Gesundheitsförderung die **Stärkung von individuellen Bewältigungskompetenzen und sozialen Unterstützungspotentialen**, die Verbindung von personalen und sozialen Ressourcen, umfassen.

Literatur

- Coleman, J.C. (1980). The nature of adolescence. New York.
- Engel, U. & Hurrelmann, K. (1989). Psychosoziale Belastungen Jugendlicher. Berlin.
- Engel, U., Nordlohne, E., Hurrelmann, K. & Holler, B. (1988). Educational career and substance use in adolescence. *European Journal of Psychology of Education*, 11, 365-374.
- Franzkowiak, P. (1986). Risikoverhalten und Gesundheitsbewußtsein bei Jugendlichen. Berlin.
- Hurrelmann, K. (1989). Human development and health. New York.
- Hurrelmann, K. (1990). Familienstreß, Schulstreß, Freizeitstreß. Weinheim.
- Hurrelmann, K. & Engel, U. (Eds.) (1989). The social world of adolescents. New York/Berlin.
- Hurrelmann, K. & Lösel, F. (Eds.) (1990). Health hazards in adolescence. Berlin.
- Kandel, D.B. (1980). Drug and drinking behavior among youth. *Annual Review of Sociology*, 6, 235-285.
- Mechanic, D. & Hansell, S. (1988). Adolescence competence, psychological well-being, and self-assessed physical health. *Journal of Health and Social Behavior*, 28, 364-374.
- Millstein, S.G. (1988). The potential of school-linked centers to promote adolescent health and development. Washington.
- Petermann, F., Noecker, M. & Bode, U. (1987). Psychologie chronischer Krankheiten im Kindes- und Jugendalter. München.
- Rutter, M. (1980). Changing youth in a changing society. Cambridge.
- Uexküll, T.v. (Hg.) (1981). Handbuch der psychosomatischen Medizin. München.

Analysen zur Individualisierung und Sozialen Sicherung aus dem Sfb 3

Das Beispiel: frauenspezifische Risiken

Der gesellschaftliche Wandel mit seinen Modernisierungs- und Individualisierungsprozessen war ein zentrales Thema des Sfb 3 "Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik". Im Mittelpunkt der Forschungsarbeiten mit dem Ziel der angewandten Politikberatung standen sowohl die empirische Untersuchung der individuellen Lebenslagen als auch Wirkungsanalysen sozialpolitischer Maßnahmen. In diesem Zusammenhang sind zunächst die verschiedenen Datenerhebungen mit Schwerpunkten zum gesellschaftlichen Wandel und zur Sozialen Sicherung zu nennen, wie z.B. die Wohlfahrtssurveys (vgl. u.a. Glatzer/Zapf 1984), die Lebenslagen-Erhebungen (vgl. Kiel 1987), die Transferumfrage (vgl. Hauser/Engel 1985 und Engel 1988) und vor allem das Sozio-ökonomische Panel (vgl. Hanefeld 1987 und Autoren-gemeinschaft Panel 1990). Diese Umfragen erlauben eine sehr differen-

zierte Betrachtung der individuellen Verhaltensweisen und bilden eine zentrale Grundlage der empirischen Arbeiten des Sfb 3¹.

Zahlreiche Untersuchungen im eher soziologischen Kontext beschäftigten sich mit individuellen Lebensstilen und der Rolle des Wohlfahrtsstaates für das individuelle Verhalten. Wie diese Analysen zur Weiterentwicklung soziologischer Gesellschaftstheorien beigetragen haben, belegen insbesondere die Beiträge zur Individualisierungsdebatte von der Forschergruppe um Wolfgang Zapf (vgl. z.B. Zapf et al. 1987). Ein gut ausgebautes soziales Sicherungssystem wird nicht im Widerspruch zu Individualisierung bzw. Pluralisierung der Lebensstile gesehen, sondern als Basis des Individualisierungsprozesses: Erst eine Grundabsicherung der wesentlichen ökonomischen Risiken ermögliche es den Individuen, zusätzliche Risiken

einzuweisen, die mit nicht normierten, stärker individualisierten Verhaltensweisen verbunden sind.

Die eher ökonomisch und sozialpolitisch motivierten Arbeiten des Sfb 3 befassen sich dagegen vor allem mit der Identifizierung von Risikogruppen. Dabei wird auch den Fragen nachgegangen, inwieweit ökonomische Risiken als Folge des Individualisierungsprozesses anzusehen sind und wie die Absicherung im Risikofall durch das soziale Sicherungssystem gewährleistet wird². Aufbauend auf den Zapfschen Thesen und über sie hinausgehend wird ein Individualisierungsdruck durch fehlende Sicherung gesehen. Sofern tradierte Sicherungssysteme wie die Familie ihre Funktionsfähigkeit aufgrund verstärkter Individualisierung verlieren, die entstehenden Sicherungslücken aber nicht vom staatlichen Sicherungssystem geschlossen werden, ergeben sich neue ökonomische Risiken für bestimmte Gesellschaftsgruppen. Die betroffenen Personen werden dann individuell versuchen müssen, ihre gestiegenen Risiken zu mindern. Sofern dies aufgrund der unsicheren innerfamiliären Absicherung nur durch eine noch stärker individualisierte Lebensweise realisiert werden kann, mag sich daraus eine weitere Verstärkung des Individualisierungsprozesses ergeben.

1. Individualisierung bei neuen frauenspezifischen Risiken: Einige empirische Ergebnisse

Als Beispiel für solche Analysen des Sfb 3 sind die Arbeiten zu sehen, die sich mit der Frage der Funktionsfähigkeit sozialer Sicherungssysteme bei neuen frauenspezifischen Risiken und den daraus resultierenden individuellen Verhaltensweisen befassen. Dabei führte die Frage nach Verhaltensänderungen als individuelle Reaktion auf Sicherungslücken auch zu theoretischen Weiterentwicklungen, die teilweise als mikroökonomisches Modell formalisiert wurden und wiederum als Basis für empirische Mikroanalysen dienen können (vgl. Ott 1991a). Der Schwerpunkt der Arbeiten lag jedoch in der empirischen Analyse. Hierzu sollen im folgenden kurz ausgewählte Ergebnisse referiert werden.

Das gegenwärtige Steuer- und Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland orientiert sich in seiner Ausgestaltung an der - als Normalfall angesehenen - lebenslangen Ehe mit traditioneller geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung. Es setzt Anreize für familiäre Lebensformen, die eine ökonomische Abhängigkeit der Frau vom Ehepartner implizieren und daher an-

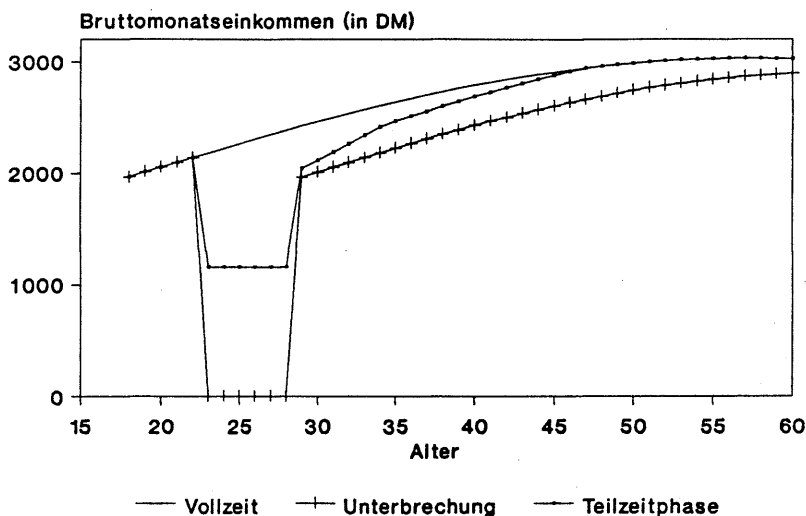
gesichts der zunehmend unsicherer gewordenen Absicherung durch die Familie für diese mit hohen individuellen Risiken verbunden sind.

Unterbricht eine Frau die Erwerbstätigkeit zugunsten einer Tätigkeit in der Familie, so entfällt nicht nur ihr aktuelles Erwerbseinkommen, sondern es wird aufgrund der Humankapitalverluste auch ihr künftiges Einkommen nach Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit gemindert. Dies läßt sich anhand von Schätzungen mit Daten des

des Sozio-ökonomischen Panels empirisch belegen (vgl. Galler 1991a).

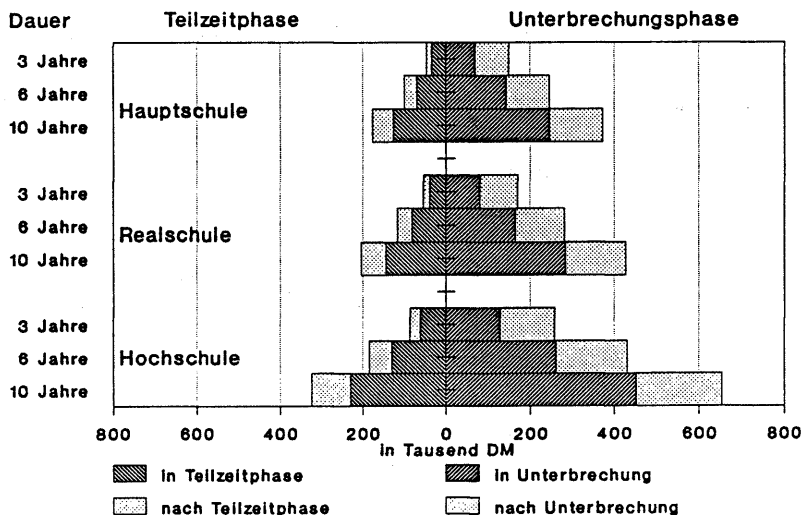
In Abbildung 1 sind die auf Basis dieser Schätzungen berechneten hypothetischen Einkommensverläufe einer Frau mit Realschulabschluß und Lehre für unterschiedliche Erwerbsbiographien (durchgängig vollzeiterwerbstätig, Vollzeit-Erwerbsbiographie mit fünfjähriger Teilzeitphase oder fünfjähriger Unterbrechung) dargestellt. Sie zeigen deutlich, daß nach einer Erwerbsunterbrechung im gesamten

Abb. 1: Beispielhafte Einkommensverläufe
- Realschulabschluß mit Lehre -



Quelle: Galler (1991a), S. 136, Abb. 3

Abb. 2: Einkommensverluste im Lebensverlauf
- Abweichung der Bruttoeinkommen -

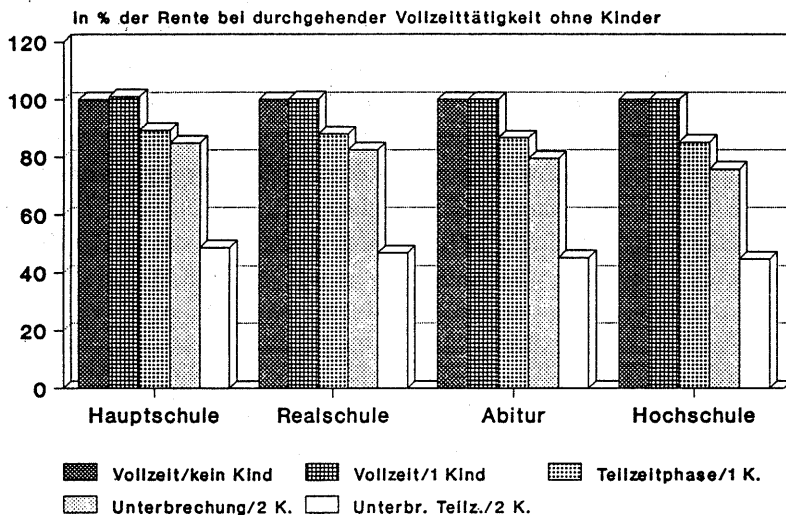


Quelle: Galler (1991a), S. 139, Auszug aus Abb. 4

weiteren Erwerbsleben ein Einkommensdefizit gegenüber einer durchgängigen Vollzeittätigkeit bestehen bleibt. Selbst bei einer ununterbrochenen Erwerbsbiographie kann die Einkommensdifferenz nach einer Teilzeitphase erst nach mehreren Jahren ausgeglichen werden. Die Verluste im Lebensverlauf erreichen dabei eine Größenordnung (vgl. Abb. 2), die weder durch staatliche noch durch interpersonelle Transfers in einem nennenswerten Umfang kompensiert werden können.

Infolge der Erwerbsarbeitszentrierung des sozialen Sicherungssystems wirkt sich eine Erwerbsunterbrechung darüber hinaus auch negativ auf die Höhe vieler Sozialleistungen aus. Modellrechnungen auf Basis ausgewählter Erwerbs- und Familienbiographien belegen, wie hoch die Renteneinbußen sind, die Frauen im bundesdeutschen Rentenversicherungssystem als Folge kindbedingter Unterbrechungen oder Einschränkungen der Erwerbstätigkeit in Kauf nehmen müssen³.

Abb. 3: Rentenhöhe bei alternativen Erwerbs- und Familienbiographien



Quelle: Rolf (1991), S. 180, Abb. 1

Wie Abbildung 3 zeigt, wirkt sich der Tatbestand der Kindererziehung im Falle einer kontinuierlichen Vollzeit-Erwerbsbiographie lediglich für Frauen mit niedriger Schulbildung positiv auf die Rentenhöhe aus - freilich nur in sehr geringem Maße. Obwohl in der Modellrechnung die kindbedingte Teilzeitphase mit sechs Jahren bei Geburt eines Kindes nicht übermäßig lang gewählt wurde, hat sie - in Abhängigkeit von der Schulbildung - bereits Rentenverluste in Höhe von 11

bis 15% zur Folge. Im Falle einer zehnjährigen Erwerbsunterbrechung wegen der Erziehung von zwei Kindern belaufen sich die Rentenverluste bei anschließender Vollzeitfähigkeit auf 15 bis 24%, bei anschließender Teilzeittätigkeit übersteigen sie in allen Modellfällen sogar 50%. Zwar wird die Erwerbsarbeitszentrierung der Gesetzlichen Rentenversicherung durch die frauen- und familienpolitischen Elemente des Rentenreformgesetzes 1992 etwas abgeschwächt, die

grundsätzlichen Probleme, die ein an der Erwerbstätigkeit anknüpfendes Sozialversicherungssystem im Hinblick auf weibliche Lebensentwürfe aufwirft, lassen sich auf diese Weise jedoch nicht lösen. Zum einen bleibt das Füllen von Lücken in der Sicherungsbiographie von Frauen auf die Anrechnung weniger Jahre der Kindererziehung begrenzt, zum anderen fehlt - sieht man einmal von der Mindestbewertung der Pflichtbeiträge während der ersten vier Versicherungsjahre und der zeitlich befristeten Regelung der Rente nach Mindesteinkommen ab - eine Mindestbewertung von Zeiten mit niedrigen Beiträgen, wie sie typischerweise bei Frauen aufgrund von Teilzeitarbeit oder verminderter Einkommenskapazität infolge einer Erwerbsunterbrechung auftreten.

Folge dieser langfristigen Einkommensverluste - sowohl beim Erwerbseinkommen nach einer Unterbrechung wie auch beim Renteneinkommen - ist eine ökonomische Abhängigkeit der Frauen von innerfamiliären Transfers, da ihr eigenes Einkommen bei traditioneller Arbeitsteilung deutlich niedriger ausfällt als das ihres durchgängig erwerbstätigen Ehepartners. Erst nach dem Tod des Allein- oder Hauptverdieners werden sie ökonomisch unabhängig durch die - dem Grunde und der Höhe nach abgeleitete - Hinterbliebenenversorgung. Ihre Aufgabe

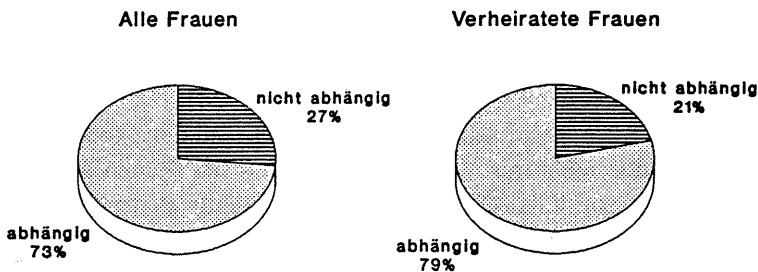
besteht darin, den ausgefallenen ehelichen Unterhalt zu einem Teil zu ersetzen. Allerdings kann die Gewährleistung einer aus dem allgemeinen Mittelaufkommen der gesetzlichen Rentenversicherung finanzierten, allein am Tatbestand der Ehe anknüpfenden Hinterbliebenenversorgung nur begrenzt als Ausgleich für kindbedingte kürzere Versicherungsbiographien und niedrigere Entgeltpositionen angesehen werden, da die Hinterbliebenenversorgung grundsätzlich allen verwitweten Personen, also auch bei vollständiger Versicherungsbiographie, gewährt wird und nur zum Teil eine Einkommensanrechnung stattfindet.

Der Verweis auf den Unterhaltsverband in der Ehe - sei es in der Erwerbsphase oder im Alter - geht für Frauen mit einer hohen ökonomischen Abhängigkeit einher, wie Ergebnisse einer Modellrechnung auf Basis von Daten der Transferumfrage 1981 zeigen⁴. Drei von vier erwachsenen Frauen in Mehrpersonenhaushalten sind nicht in der Lage, ihr persönliches Bedarfseinkommen eigenständig aus Markteinkommen oder staatlichen Transfers zu decken, sondern sie sind zusätzlich auf innerfamiliäre Transfers angewiesen. Bei den verheirateten Frauen sind es sogar vier von fünf (vgl. Abb. 4). Ökonomische Unabhängigkeit wird dabei an einer fiktiven Größe, dem persönlichen Bedarfseinkommen, gemessen. Das persönliche

Bedarfseinkommen beschreibt das Einkommensniveau, das - bei gegebenem Haushaltsnettoeinkommen und unter Zugrundelegung einer bestimmten Äquivalenzskala - jedem Haushaltsmitglied dasselbe Wohlstandsniveau ermöglicht⁵. Ökonomische Unabhängigkeit bedeutet nach diesem Konzept also, nicht auf Umverteilung innerhalb des Haushalts angewiesen zu sein, um dasselbe Wohlstandsniveau realisieren zu können wie die restlichen Haushaltsmitglieder⁶.

Abbildung 5 zeigt, wie hoch der Grad ökonomischer Abhängigkeit bei Frauen mit innerfamiliären Transfers ist. Er beträgt bei erwachsenen Frauen in Mehrpersonenhaushalten durchschnittlich 75%, bei verheirateten, mit ihrem Partner zusammenlebenden Frauen liegt der Grad der Abhängigkeit von innerfamiliären Transfers mit 78% erwartungsgemäß noch etwas höher.

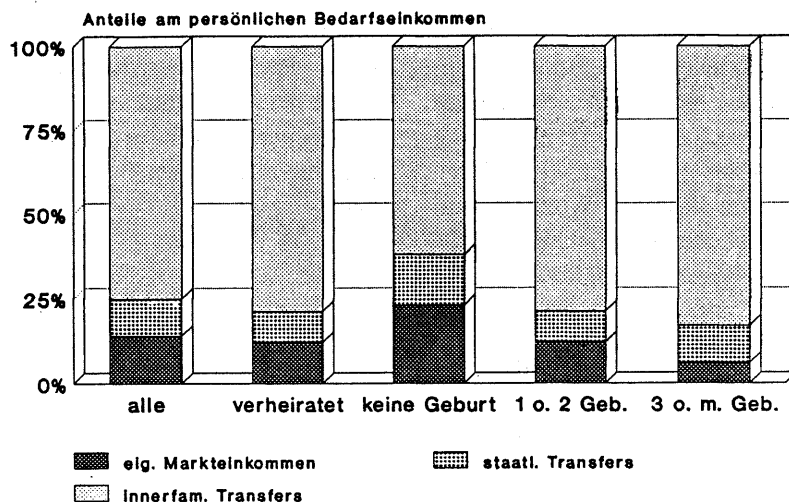
Abb. 4: Ökonomische Abhängigkeit bei Frauen ¹⁾



1) Erwachsene Frauen in Mehrpersonenhaushalten

Quelle: Rolf (1989), S. 289

Abb. 5: Ausmaß der ökonomischen Abhängigkeit bei Frauen¹⁾



·) Ökon. abhäng. erwachsene Frauen in Mehrpersonenhaushalten

Quelle: Rolf (1989), S. 288, Auszug aus Tabelle 1

Deutlich wird auch, wie sehr die Geburt eines oder mehrerer Kinder die Abhängigkeit von innerfamiliärer Umverteilung erhöht. Hat eine Frau keine Kinder geboren, beträgt der durchschnittliche Abhängigkeitsgrad 62%, bei einer oder zwei Geburten dagegen bereits 78% und bei drei oder mehr Geburten sogar 83%, unabhängig davon, ob die Kinder noch in einem betreuungsbedürftigen Alter oder bereits erwachsen sind.

Dem Umstand der ökonomischen Abhängigkeit bei Frauen wird im allgemeinen wenig Bedeutung beigemessen, da der Gesetzgeber eine innerfamiliäre Umverteilung bei bestehender Ehe als gegeben unterstellt. Letztendlich wird davon ausgegangen, daß die Einkommensverluste infolge einer kindbedingten Unterbrechung von beiden Ehepartnern über den ehelichen Unterhaltsverband gemeinsam getragen werden. Wird jedoch eine Ehe geschieden, was heute immer häufiger

der Fall ist, so gehen die wirtschaftlichen Folgen überwiegend zu Lasten der Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen haben. Nach einer Scheidung sind sie - bis auf die in der Regel begrenzten Zeiten von Unterhaltszahlungen - auf ihre eigene verminderte Einkommenskapazität angewiesen, was sich auch in ihren Rentenansprüchen niederschlägt, da ein Versorgungsausgleich nur für die Zeiten der Ehe durchgeführt wird. Für Einkommensverluste, die als Folge einer familienbedingten Erwerbsunterbrechung in nachhehlichen Zeiten auftreten, sind weder im Scheidungs- noch im Rentenrecht angemessene Ausgleichszahlungen vorgesehen⁷. Die asymmetrischen individuellen Risiken im Falle des Scheiterns einer Ehe mögen dann auch Rückwirkungen auf die interne Wohlfahrtsverteilung in einer bestehenden Ehe haben, da die innerfamiliäre Verhandlungsposition des ökonomisch abhängigen Partners geschwächt wird (vgl. Galler/Ott 1990). Diese Überlegungen, die eine gewisse Nähe zu den soziologischen Ressourcentheorien aufweisen, wurden im Rahmen eines mikroökonomischen Modells des Haushalts mittels eines spieltheoretischen Bargaining-Ansatzes formalisiert und zur Erklärung der innerfamiliären Arbeitsteilung und des Fertilitätsverhaltens herangezogen (vgl. Ott 1991a). Empirische Schätzungen auf Basis dieses Modells zeigen deutlich den Einfluß

der individuell verfügbaren ökonomischen Ressourcen auf familiäre Entscheidungen (vgl. Ott 1991a und 1991b).

Daß viele Frauen den objektiven Lebensumstand der ökonomischen Abhängigkeit von ihrem Partner auch subjektiv als Problem empfinden, läßt sich am Beispiel der Alterssicherung anhand der Antworten auf eine Frage nach der Einstellung zu zwei alternativen Konzeptionen der sozialen Alterssicherung nichterwerbstätiger, haushaltsführender Ehegatten zeigen⁸.

Zur Wahl standen⁹

- das geltende Rentenrecht, das den nichterwerbstätigen, haushaltsführenden Ehepartner auf den Unterhaltsverband in der Ehe verweist und diesem erst nach dem Tode des Verdieners eigenes Einkommen in Gestalt der aus der Versicherung des Verstorbenen abgeleiteten Hinterbliebenenrente gewährt, und
- ein Reformvorschlag, bei dem beide Ehepartner im Alter eine eigene Rente erhalten und der Verdienere auch zur Beitragszahlung für seinen Partner herangezogen wird.¹⁰

Während das geltende Recht bei Frauen die Abhängigkeit von innerfamiliären Transfers verfestigt, verfügen in dem Reformvorschlag alle Personen

über eigenes Alterseinkommen und sind insoweit ökonomisch unabhängig. Den Befragungsergebnissen zufolge spricht sich fast jeder zweite (47,5%) für den Vorschlag einer eigenständigen Alterssicherung aus, für eine abgeleitete Alterssicherung plädieren dagegen nur 36,7% der Personen¹¹. Wie Abbildung 6 zeigt, ist bei Frauen die Präferenz für eine eigenständige Sicherung stärker und der Wunsch nach einer abgeleiteten Sicherung schwächer ausgeprägt als bei Männern. Das interessanteste Ergebnis stellt jedoch die überdurchschnittlich hohe Präferenz für eine eigenständige Sicherung (58,4%) dar, die bei der jüngeren Bevölkerungsgruppe, den zum Befragungszeitpunkt etwa 20- bis unter 40jährigen Personen, zu beobachten ist. Auch hier entscheiden sich relativ mehr Frauen für eine eigene Sicherung als Männer, während eine abgeleitete Sicherung häufiger von Männern als von Frauen bevorzugt wird. Dieser erstaunlich hohe Anteil der Bevölkerung, der sich für eine Änderung des geltenden Rechts ausspricht und eine eigenständige Alterssicherung präferiert, mag als Indiz für den generellen Wunsch nach ökonomischer Unabhängigkeit vom Partner gewertet werden.

Daß das soziale Sicherungssystem dem hohen individuellen Risiko bei einer kindbedingten Erwerbsunterbrechung praktisch keine Rechnung trägt,

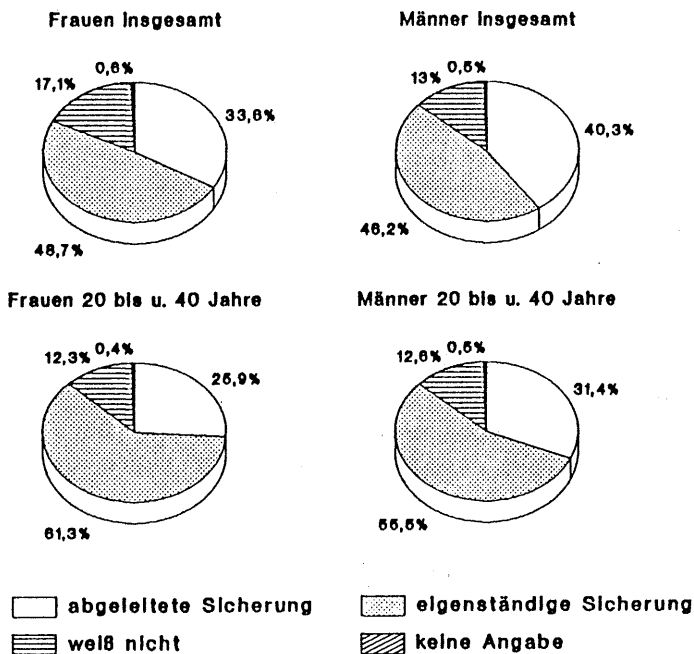
scheint also durchaus wahrgenommen zu werden. Dann aber sind Verhaltensweisen zu erwarten, die individuell mit geringeren Risiken verbunden sind, indem sich Frauen zunehmend den traditionellen Rollen und Lebensformen verweigern und eine Erwerbsbiographie anstreben, die ihnen eine eigene ökonomische Absicherung garantiert. Sofern sich diese aufgrund der ebenfalls am traditionellen Familienbild ausgerichteten institutionellen Infrastruktur und arbeitsrechtlichen Regelungen nur schwer mit Kindern vereinbaren läßt, dürfte hierin eine Ursache des in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnenden Geburtenrückgangs zu finden sein. Die in der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich sehr niedrigen Geburtenziffern bei gleichzeitig niedriger Frauenerwerbsbeteiligung mögen dann ein Ausdruck der hohen individuellen Risiken bei der Entscheidung für Kinder sein (vgl. Ott/Rolf 1987). Ein Sicherungssystem, das den nach Art. 6 Grundgesetz vorgeschriebenen besonderen Schutz der Familie gewährleisten will, aber den veränderten Lebensumständen und Risiken von Frauen keine Rechnung trägt, verfehlt daher u.U. sein politisches Ziel.

Die Arbeiten des Sfb 3 bleiben deshalb nicht bei der Analyse der bestehenden Verhältnisse stehen, sondern versuchen auch die Wirkungen alternativer Politikmaßnahmen abzuschät-

zen. Im folgenden werden kurz die Ergebnisse von Simulationsrechnungen¹² zu alternativen Steuer- und

Rentenregelungen vorgestellt, die die frauenspezifischen Risiken entscheidend beeinflussen.

Abb. 6: Einstellungen zur Reform der sozialen Alterssicherung



Quelle: Rolf (1989), S. 291, Auszug aus Tabelle 2

2. Wirkungsanalyse alternativer Politikmaßnahmen mit Hilfe der Mikrosimulation

2.1 Alternative Steuersysteme

Im Rahmen der Einkommensbesteuerung erweist sich hinsichtlich der frauenspezifischen Risiken einer kindbedingten Erwerbsunterbrechung insbesondere das Ehegattensplitting als nicht unerheblicher Anreiz zur traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Das Einkommensteuerrecht der Bundesrepublik geht davon aus, daß die Normalform des familialen Zusammenlebens die Ehe ist. Den Ehegatten werden die individuell bezogenen Einkünfte gemeinsam zugeordnet, halbiert, dem Tarif unterworfen und die Steuer dann wieder verdoppelt. Bei progressivem Tarif entstehen dadurch Vorteile für Ehepaare, die mit zunehmender Differenz der individuellen Einkünfte steigen - das heißt, begünstigt wird vor allem die "Hausfrauen-Ehe"¹³. Dies gilt unabhängig davon, ob Kinder im Haushalt betreut werden oder nicht. Die direkte Kinderbegünstigung durch Kinderfreibeträge (und Kindergeld) fällt dagegen vergleichsweise gering aus (vgl. Galler 1988).

Durch das Ehegattensplitting wird nicht nur ein Anreiz zur Erwerbsunterbrechung gesetzt, sondern auch zu einer späten Rückkehr ins Erwerbsleben mit häufig reduzierter Arbeitszeit, da die Steuerbegünstigungen unabhängig von der Belastung durch Kinderbetreuung gewährt werden. Ein solches Erwerbsverhalten ist für Frauen jedoch mit sehr hohen ökonomischen Risiken verbunden. Sofern sich Individuen aber für andere Lebensmuster entscheiden, sei es daß sie unverheiratet bleiben oder die Kinderbetreuung gemeinschaftlich bei Einschränkung der Erwerbstätigkeit bei der Partner wahrnehmen - was die ökonomischen Risiken auf beide Partner verteilen würde -, werden sie durch das Steuergesetz gegenüber der traditionellen "Hausfrauen-Ehe" benachteiligt (vgl. Hochmuth/Rinne 1989).

Mit Hilfe von Simulationen lassen sich die Wirkungen unterschiedlicher Steuersysteme abschätzen. Da die Beeinflussung des familialen Erwerbsverhaltens nicht die vorrangige Intention eines Steuersystems darstellt, gilt es bei der Operationalisierung alternativer Steuersysteme zum Zwecke von Wirkungsanalysen die steuerpolitischen Ziele gleichermaßen zu berücksichtigen. Neben den Anreizwirkungen auf Arbeitsangebot und Fertilität wurden in verschiedenen Simulationen vor allem die - im engeren Sinne - fi-

nanzwissenschaftlichen Verteilungs- und Aufkommensfragen beachtet¹⁴.

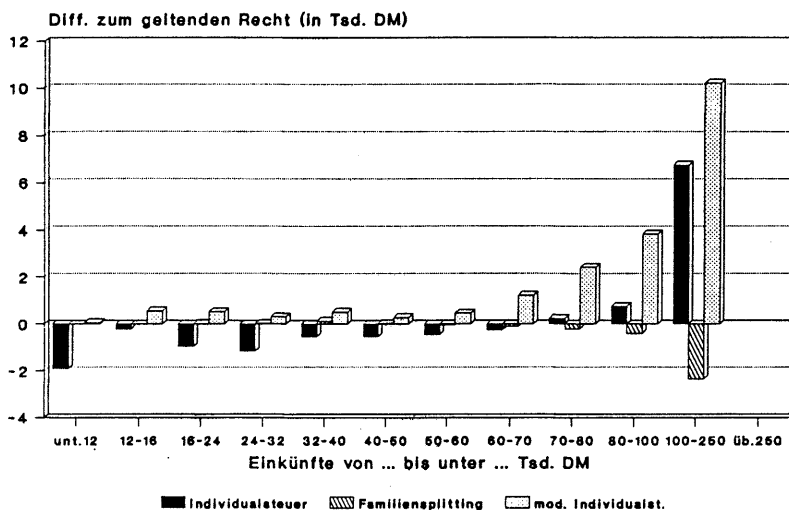
Für drei verschiedene Reformvorschläge wurden statische Simulationen durchgeführt, deren Ergebnisse hinsichtlich der Verteilungswirkungen in den Abbildungen 7 und 8 zu finden sind. Simuliert wurden die folgenden Varianten (vgl. Hochmuth/Rinne 1991):

- Eine reine Individualbesteuerung, d. h. Wegfall des Ehegattensplit-

tings sowie der Kinderfreibeträge und des Haushaltsfreibetrags für Alleinerziehende¹⁵. Statt dessen wird ein einheitlicher Betrag in Höhe von 2.400 DM pro Kind von der Steuerschuld abgezogen (bei zu geringer oder fehlender Steuerschuld wird der Betrag entsprechend direkt ausgezahlt).

- Ein auch Kinder berücksichtigendes Familiensplitting mit einem Splittingfaktor von 0,5 für jedes Kind.

Abb. 7: Alternative Steuersysteme
– Durchschnittliche Be- und Entlastung –
(Ehepaare)



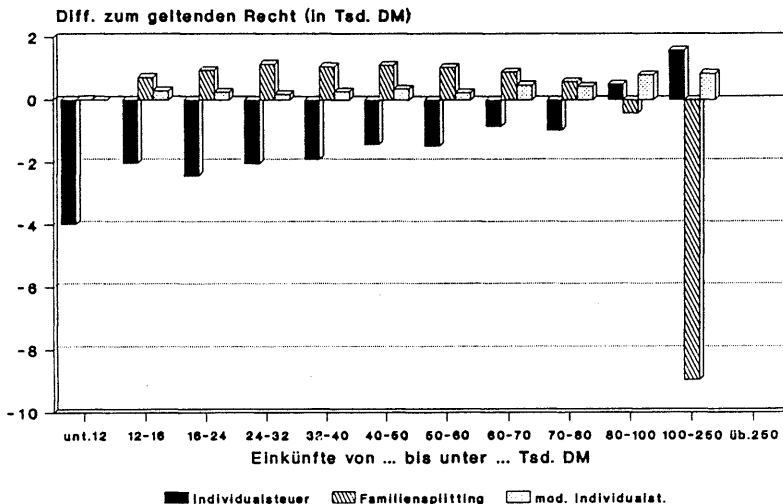
Quelle: Hochmuth/Rinne (1991)

- Eine modifizierte Individualbesteuerung mit Wegfall des Splittings; dafür werden ein Unterhaltsfreibetrag für den nichterwerbstätigen Ehepartner und Kinderfreibeträge in gleicher Höhe von jeweils 5.616 DM gewährt.

In Abbildung 7 sind die Ent- und Belastungswirkungen der drei Reformvorschläge im Vergleich zum geltenden Steuerrecht für nach der Splittingtabelle Besteuerte (Ehepaare) dargestellt und in Abbildung 8 die für Al-

leinerziehende. Dabei zeigt sich deutlich, daß die Entlastungswirkungen im unteren Einkommensbereich bei der reinen Individualbesteuerung am größten sind, insbesondere für Alleinerziehende. Das Familiensplitting hat dagegen bei Ehepaaren im unteren und mittleren Einkommensbereich kaum Auswirkungen im Vergleich zum Ehegattensplitting und kann auch bei Alleinerziehenden den Wegfall des Haushaltsfreibetrags nicht kompensieren. Im höheren Einkommensbereich steigen die Entlastungswirkungen dagegen stark an. Bei der modifizierten

Abb. 8: Alternative Steuersysteme
- Durchschnittliche Be- und Entlastung -
(Alleinerziehende)



Quelle: Hochmuth/Rinne (1991)

Individualbesteuerung mit Unterhalts- und Kinderfreibetrag ergeben sich durchweg Belastungen, die bei Ehepaaren durch den Wegfall des Splittings ab einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 70.000 DM deutlich steigen. Als Ergebnis der Simulationen läßt sich festhalten, daß mit einem auf Individualbesteuerung basierenden System, welches weniger Anreize zu traditioneller Arbeitsteilung setzt, eine deutliche Entlastung von Familien auch bei aufkommensneutraler Ausgestaltung der Regelungen möglich ist.

2.2 Ein alternatives Alterssicherungssystem

Im Bereich der Alterssicherung wird mit dem Ansatz des Voll Eigenständigen Systems in der Altersvorsorge (VES)¹⁶ ein gesetzliches Alterssicherungssystem vorgeschlagen, das den frauenspezifischen Risiken Rechnung trägt. Das VES knüpft explizit am geltenden Rentenrecht in der Bundesrepublik Deutschland an und ergänzt dieses um eine Mindestbeitragspflicht für alle Personen und ein laufendes Splitting der während einer Ehe erworbenen Rentenanwartschaften. Die Hinterbliebenenversorgung für erwachsene Personen kann dann im Grundsatz entfallen. Damit ergibt

sich eine eigenständige soziale Alterssicherung von Frauen und eine größere Unabhängigkeit des Sicherungsergebnisses bei Frauen von der jeweiligen Erwerbs- und Familienbiographie.

Im VES können keine Lücken mehr in der sozialen Biographie von Frauen entstehen, da der Zugang zur Sicherung nicht - wie im geltenden Recht - allein an den Tatbestand der Erwerbstätigkeit (oder der Erziehung eines Kleinkindes) geknüpft ist, sondern alle erwachsenen Personen im erwerbsfähigen Alter der Versicherungspflicht unterliegen. Durch den Aufbau durchgehender Versicherungsverläufe und die Einführung eines Mindestbeitrags wird eine Mindestsicherung im Rahmen der gesetzlichen Altersvorsorge gewährleistet; ein Verweis alter Menschen auf die Sozialhilfe ist nur bei "irregulären" Sicherungsbiographien erforderlich¹⁷, bleibt also eine seltene Ausnahme. Auch das laufende Splitting der während einer Ehe gemeinsam erworbenen Rentenanwartschaften trägt dazu bei, die Höhe der Altersrente von Frauen unabhängiger von ihrer Erwerbs- und Familienbiographie zu machen; umgekehrt hängt die Höhe der Altersrente von Männern im VES freilich auch von der sozialen Biographie ihrer Frauen ab.

Da im VES der Allein- oder Hauptverdiener im Rahmen seiner Unter-

haltungspflicht den Mindestbeitrag für seinen nicht- oder nur geringverdienenden Ehepartner übernehmen muß und die Hinterbliebenenrente bis auf wenige Sonderfälle¹⁸ entfällt, gehen vom VES Anreize zu einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen aus. Damit werden - im Gegensatz zum heutigen Recht - Verhaltensweisen unterstützt, die die frauenspezifischen Risiken mindern. Der im VES in Zeiten der Erziehung eines Kleinkindes vorgesehene Beitragserlaß wird unabhängig vom Erwerbsumfang des erziehenden Elternteils gewährt. Dadurch wird eine Diskriminierung bestimmter Formen der Vereinbarkeit von Kind und Beruf vermieden, wie sie nach geltendem Rentenrecht und - in abgeschwächtem Maße - nach Inkrafttreten des Rentenreformgesetzes 1992 gegeben ist (vgl. Rolf/Wagner 1990).

Auch dieser Reformvorschlag wurde (in einer früheren Version) mit Hilfe eines dynamischen Mikrosimulationsmodells im Detail auf seine langfristigen Wirkungen hin durchgerechnet

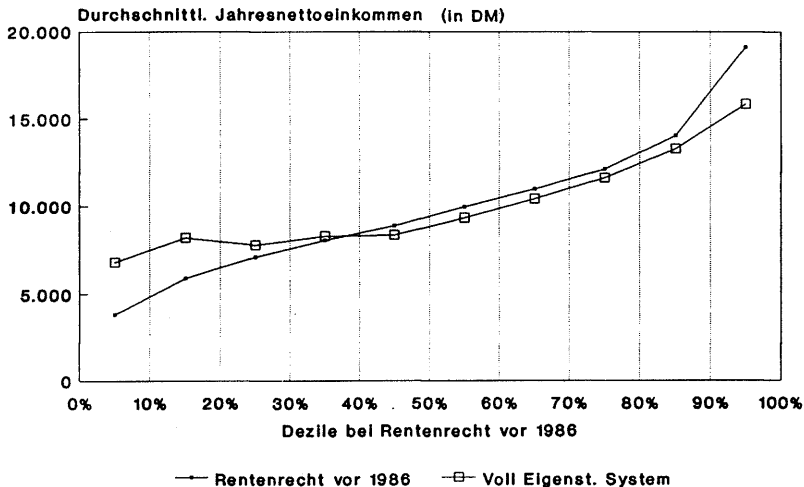
(vgl. Krupp et al. 1981). Dabei ergeben sich unter dem VES für Frauen Alterssicherungsansprüche, die nur wenig unter denen der Männer und deutlich über denen des bis 1986 geltenden Rechts liegen (vgl. Tabelle 1). Das VES erweist sich aber nicht nur unter allokativen Risikogesichtspunkten, sondern auch unter Verteilungs- und Finanzierungsaspekten als vorteilhaft, was ebenfalls durch die Ergebnisse der Simulation belegt wird. Betrachtet man in Abbildung 9 die Einkommensverteilung von verwitweten Rentnerinnen unter beiden Systemen, so zeigt sich eine deutliche Verbesserung der Einkommenssituation der Personen, die sich nach dem bis 1986 geltenden Rentenrecht in der Einkommensgruppe der untersten 30% befinden. Die Einkommenseinbußen am oberen Ende der Einkommensskala sind vor allem auf den Abbau der an diesem Ende der Verteilung sozialpolitisch kaum zu rechtfertigenden Kumulation von eigenen und Hinterbliebenenrentenansprüchen zurückzuführen.

Tab. 1: Beitragsjahre und Vomhundertsatz der pers. Bemessungsgrundlage der simulierten Kohorte (Längsschnittsimulation)

	Männer		Frauen	
	Jahre	PSBM	Jahre	PSBM
Rentenrecht vor 1986	40,8	118,4	26,6	83,7
Voll Eigenständiges System	40,8	117,2	39,0	113,6

Quelle: Helberger/Wagner (1981), S. 459, Auszug aus Tabelle III.D.2-3

Abb. 9: Modellrechnung zur Einkommensverteilung bei verwitweten Rentnerinnen



Ergebnisse der Querschnittssimulation für das Jahr 2050

Quelle: Schmaus (1981), S. 449, Auszug aus Tab. III.D.1-19

3. Resümee

Das Beispiel der neuen frauenspezifischen Risiken zeigt die Forschungsstrategien des Sfb 3 im Bereich "Individualisierung und Soziale Sicherung" auf. Charakteristisch für die Arbeiten des Sfb 3 sind dabei:

- die empirischen Analysen, die die Verbindung der Wahrnehmung subjektiver Lebensqualität und Defizite mit den objektiven Lebensbedingungen aufzeigen;
- die Fortentwicklung sowohl soziologischer wie auch ökonomischer Theorien zum Individualverhalten sowie zur personellen Einkommensverteilung durch die zusätzliche Entwicklung von

Konzepten zur Analyse der innerfamiliären Umverteilung;

- die angewandte Politikberatung durch Empfehlungen zur Ausge-

staltung des sozialen Sicherungssystems und des Steuersystems auf empirischer Grundlage mit dem Instrument der Mikrosimulation.

Literatur

- Autorengemeinschaft Panel (1990), Das Sozio-ökonomische Panel für die Bundesrepublik Deutschland nach fünf Wellen, in: Vierteljahresheft zur Wirtschaftsforschung, Heft 2/3, S. 141-151.
- Becker, Irene (1990), Die Datenbestände des Sfb 3, Sfb 3-Arbeitspapier Nr. 317, Frankfurt, Mannheim.
- Engel, Bernhard (1988), Sozialstruktur und soziale Sicherheit. Methodische und inhaltliche Analysen zur Einkommensverteilung und zum Transfersystem, Frankfurt, New York.
- Galler, Heinz P. (1988), Familiäre Lebenslagen und Familienlastenausgleich. Zu den Opportunitätskosten familialer Entscheidungen, in: Felderer, Bernhard (Hg.), Familienlastenausgleich und demographische Entwicklung, SdVfS N.F. Bd. 175, Berlin, S. 83-112.
- Galler, Heinz P. (1991a), Opportunitätskosten der Entscheidung für Familie und Haushalt, in: Gräbe, Sylvia (Hg.), Der private Haushalt als Wirtschaftsfaktor, Frankfurt, New York, S. 118-152.
- Galler, Heinz P. (1991b), Mikrosimulationsmodelle in der Forschungsstrategie des Sfb 3, in: Hauser, Richard; Ott, Notburga und Gert Wagner (Hg.).
- Galler, Heinz P. (1991c), Politikanalyse mit Mikrosimulationsmodellen - Die Frankfurter Modelle, in: Hauser, Richard; Hochmuth, Uwe und Johannes Schwarze (Hg.).
- Galler, Heinz P. und Notburga Ott (1990), Zur Bedeutung familienpolitischer Maßnahmen für die Familienbildung - eine verhandlungstheoretische Analyse familialer Entscheidungsprozesse, in: Felderer, Bernhard (Hg.), Bevölkerung und Wirtschaft, SdVfS N.F. Bd. 202, Berlin, S. 111-134.
- Glatzer, Wolfgang und Wolfgang Zapf (Hg.) (1984), Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden, Frankfurt, New York.
- Gustafsson, Siv und Notburga Ott (1987), Demographic change, labor force participation of married women and the effect of separate versus joint taxation of

- earnings in West Germany and Sweden. Sfb 3-Arbeitspapier Nr. 241, Frankfurt, Mannheim.
- Hanefeld, Ute (1987), Das Sozio-ökonomische Panel. Grundlagen und Konzeption, Frankfurt, New York.
- Hauser, Richard und Bernhard Engel (Hg.) (1985), Soziale Sicherung und Einkommensverteilung. Empirische Analysen für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt, New York.
- Hauser, Richard; Hochmuth, Uwe und Johannes Schwarze (Hg.) (1991), Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik - Ausgewählte Probleme und Lösungsansätze, Weinheim (im Druck).
- Hauser, Richard; Ott, Notburga und Gert Wagner (Hg.) (1991), Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik - Erhebungsmethoden, Analysemethoden und Mikrosimulation, Weinheim (im Druck).
- Helberger, Christof und Gert Wagner (1981), Die Wirkung alternativer Rentensysteme auf die Verteilung der Lebenseinkommen, in: Krupp, Hans-Jürgen et al. (Hg.), S. 451-508.
- Hochmuth, Uwe und Karin Rinne (1989), Individualisierung und Haushaltsbesteuerung, in: Hradil, Stefan (Hg.), Der betreute Mensch?, München, S. 51-71.
- Hochmuth, Uwe und Karin Rinne (1991), Verteilungswirkungen der Individualsteuer, in: IAW-Mitteilungen, Heft 3/4, Tübingen.
- Kiel, Walter (1987), Der Aufbau von Rentenanwartschaften. Eine empirische Untersuchung über die Versicherungsverläufe der erwerbstätigen Bevölkerung, Frankfurt, New York.
- Krupp, Hans-Jürgen et al. (Hg.) (1981), Alternativen der Rentenreform '84, Frankfurt, New York.
- Ott, Notburga (1991a), Intrafamily Bargaining and Household Decisions, Berlin u.a.O.
- Ott, Notburga (1991b), Die Wirkung politischer Maßnahmen auf die Familienbildung aus ökonomischer und verhandlungstheoretischer Sicht, in: Mayer, Karl Ulrich; Allmendinger, Jutta und Johannes Huinink (Hg.), Vom Regen in die Traufe: Frauen zwischen Beruf und Familie, Frankfurt, New York, S. 385-407.
- Ott, Notburga und Gabriele Rolf (1987), Zur Entwicklung von Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenhäufigkeit. Sfb 3-Arbeitspapier Nr. 244, Frankfurt, Mannheim.
- Rolf, Gabriele (1989), Individualorientierte soziale Sicherung von Frauen unter familienpolitischen Aspekten, in: Wagner, Gert; Ott, Notburga und Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (Hg.), S. 281-301.
- Rolf, Gabriele (1991), Ideologiekritik am Rentenrecht und ein Reformvorschlag zur eigenständigen Alterssicherung von Frauen, in: Gather, Claudia et al. (Hg.), Frauen-Alterssicherung. Lebensläufe von Frauen und ihre Benachteiligung im Alter, Berlin, S. 175-190.

- Rolf, Gabriele und Gert Wagner (1990), Alterssicherung und sozialer Wandel in Deutschland - Defizite der Rentenreform 1992, in: WSI-Mitteilungen, 43. Jg., Heft 8, S. 509-519.
- Rolf, Gabriele und Gert Wagner (1991), Das Voll Eigenständige System der Altersvorsorge - Genese und Stand der Diskussion, in: Hauser, Richard; Hochmuth, Uwe und Johannes Schwarze (Hg.).
- Schmaus, Günther (1981), Die Wirkung alternativer Rentensysteme auf die Einkommensverteilung im Bevölkerungsquerschnitt, in: Krupp, Hans-Jürgen et al. (Hg.), S. 411-449.
- Spahn, P. Bernd und Thomas Kassella (1990), Zur Reform der Familienbesteuerung: Die steuerliche Förderung von Ehe und Familie unter Verteilungsaspekten. Sfb 3-Arbeitspapier Nr. 314, Frankfurt, Mannheim.
- Wagner, Gert; Ott, Notburga und Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (Hg.) (1989), Familienbildung und Erwerbstätigkeit im demographischen Wandel, Berlin u.a.O.
- Zapf, Wolfgang et al. (1987), Individualisierung und Sicherheit. Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland, München.

Anmerkungen

- 1 Vgl. zu einem Überblick über die Datenerhebungen des Sfb 3 Becker (1990).
- 2 Verschiedene Arbeiten sind z. B. in dem Sammelband Wagner/Ott/Hoffmann-Nowotny (1989) zu finden.
- 3 Vgl. zum folgenden Rolf (1991). Die in Abbildung 3 wiedergegebenen Rentenhöhen beruhen auf geschätzten Lebenserwerbseinkommensverläufen von Frauen mit unterschiedlicher Schulbildung (vgl. Galler 1991a) und berücksichtigen mit Ausnahme der Rente nach Mindesteinkommen und der geplanten Anhebung der Altersgrenzen alle aus Sicht von Frauen relevanten Neuregelungen des Rentenreformgesetzes 1992. Als Vergleichsmaßstab dient jeweils die Rentenhöhe einer durchgehend vollzeiterwerbstätigen kinderlosen Frau mit gleicher Schulbildung. Zu den Einzelheiten der Modellierung siehe Rolf (1991). Dort werden auch die Ergebnisse einer Alternativrechnung mit zeitlich unbefristeter Rente nach Mindesteinkommen kommentiert.
- 4 Vgl. zum folgenden Rolf (1989).
- 5 Dementsprechend ergibt sich das persönliche Bedarfseinkommen durch Multiplikation des jeweiligen Haushaltsnettoeinkommens mit dem Anteil des persönlichen Bedarfsgewichtes an der Summe der Bedarfsgewichte sämtlicher

Haushaltsmitglieder. Als Bedarfsgewichte wurden in der Modellrechnung die Regelsatzproportionen der Sozialhilfe gewählt.

6 Ob eigene Einkommen der Frau eine eigenständige Existenzsicherung auf einem Mindestniveau ermöglichen würden, wird nicht geprüft; es geht nur um die Abschätzung der Bedeutung der Familie als Umverteilungsinstitution.

7 Ansatzweise wird dieser Gedanke im Unterhaltsrecht mit dem Aufstockungsunterhalt und dem Unterhaltsanspruch bei einer Ausbildung verfolgt. Beide können jedoch die tatsächlich anfallenden Verluste nur zu einem geringen Teil kompensieren.

8 Vgl. zum folgenden Rolf (1989).

9 Die Frage wurde im Rahmen der vierten Welle des Sozio-ökonomischen Panels (1987) mit dem Themenschwerpunkt "Soziale Sicherung" gestellt.

10 Der Tatbestand der Kindererziehung wird in den beiden skizzierten Sicherungskonzeptionen auf unterschiedliche Weise berücksichtigt: im geltenden Recht durch die rentenbegründende und rentensteigernde Anrechnung von Babyjahren, in dem Reformvorschlag durch einen Beitragserlaß, solange das Kind noch nicht zur Schule geht.

11 Der Anteil der "Weiß nicht"-Antworten ist mit 15,2 % relativ hoch, angesichts der komplexen Fragestellung aber nicht überraschend.

12 Vgl. zum Einsatz von Mikrosimulationsmodellen in der Forschungsstrategie des Sfb 3 Galler (1991b und 1991c).

13 Vgl. Spahn/Kassella (1990) und Gustafsson/Ott (1987).

14 Vgl. hierzu vor allem die Simulationen von Spahn/Kassella (1990), die mit einem synthetischen Mikrodatenfile aus dem Sozio-ökonomischen Panel, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und aus Steuerdaten arbeiten. Die in den Abbildungen 7 und 8 dargestellten Simulationsergebnisse basieren auf einem sehr detaillierten Datensatz über die Lohn- und Einkommensteuer des Landes Baden-Württemberg.

15 Motivation hierfür ist die aufgrund der Progression steigende Entlastungswirkung im geltenden System bei den höheren Einkommensklassen.

16 Vgl. zu den neueren Weiterentwicklungen des Ansatzes Rolf/Wagner (1991) mit weiteren Nachweisen.

17 Zum Beispiel wenn sich eine Person der Beitragspflicht entzieht.

18 Renten an jüngere kindererziehende Hinterbliebene.

Subjekt und Strukturwandel – Versuch der Neubestimmung einer soziologischen Schlüsselbeziehung am Beispiel des Facharbeiters

Thema der folgenden Ausführungen ist der **Facharbeiter**; oder genauer: die zukünftige Entwicklung dieses spezifischen Qualifikationstyps. Ziel des Beitrages ist es, am Beispiel dieser Problematik auf **Grenzen einer ausschließlich strukturorientierten Analyse** in der Soziologie hinzuweisen. Gerade bei diesem Thema sind, so der Grundgedanke des Beitrags, angemessene Aussagen nur möglich, wenn wesentlich stärker als bisher sogenannte "subjektive" Momente in die Analyse einbezogen werden¹.

1. Das Paradox der "Facharbeiterlücke" aus der Sicht einer strukturorientierten Perspektive in der Soziologie

Mit einer gewissen Pointierung kann man sagen, daß bis vor kurzem die meisten soziologischen Ansätze, mehr

oder weniger explizit, selbstverständlich auf der Basis zweier eng miteinander verknüpfter **Grundannahmen** operierten:

- Gesellschaftliche Entwicklung und sozialer Wandel sind als struktureller Prozeß zu verstehen. Dessen zentrale Ursachen, Antriebskräfte und Steuerungsimpulse sind auf der gesellschaftlichen Makro-Ebene, auf der Ebene struktureller historischer Abläufe zu verorten.
- Dieser strukturelle Prozeß erzeugt auf der Mikroebene weitgehend die Voraussetzungen, Zwänge und Möglichkeiten des Erlebens und Handelns von Personen.

Von diesen Bedingungen sind die individuellen Reaktionen weitgehend konditioniert. Allenfalls gibt es gewisse Kontingenzen und Spielräume in der Anpassung der Subjekte an strukturwandelbedingte Zwänge.

Für eine soziologische Forschung, die nicht ausschließlich an der Mikroebene interessiert ist, bedeuten diese Annahmen faktisch die Unterstellung einer **strukturellen Determiniertheit** der Subjekte.

Die Frage nach der Zukunft bestimmter Qualifikationstypen, wie z.B. dem Typus des industriellen Facharbeiters, stellte sich in dieser Sichtweise konsequenterweise ebenfalls ausschließlich auf struktureller Ebene. Zu ihrer Beantwortung schien es bisher notwendig und hinreichend zu sein, aus der zu erwartenden **technisch-ökonomischen Entwicklung** den zukünftigen Bedarf an entsprechend qualifizierten Arbeitskräften abzuleiten. Daraus glaubte man die zur Bedarfsdeckung notwendige Zahl von Schulabgängern bestimmter Kategorien **prognostizieren** zu können. Schließlich war noch zu prüfen, ob die Kapazität des Ausbildungssystems hierzu ausreicht und welche Modernisierung von Ausbildungsinhalten gegebenenfalls nötig ist.

Aus dieser Perspektive gesehen schien der Industriefacharbeiter lange Zeit zunehmend an Bedeutung zu verlieren. Eine Serie von Indizien (vor allem ein sinkender Facharbeiteranteil in den meisten Industrien) deutete auf einen **abnehmenden Bedarf** hin, während sich zugleich offenbar die Nachfrage nach schulisch-akademisch

ausgebildeten Arbeitskräften erhöhte. Verbreitet war auch die Überzeugung, daß immer weniger manuelles Geschick und immer mehr theoretische Kenntnisse gefordert seien. Folge war, daß die traditionsreiche Lehre nicht mehr das optimale Instrument zur Heranbildung von qualifiziertem Nachwuchs für Industriearbeit zu sein schien.

Die betroffenen Personen - die Facharbeiter sowie die auszubildenden Jugendlichen und deren Eltern - waren in dieser ausschließlich strukturbezogenen Betrachtungsweise kaum von Interesse. Welche Faktoren wirksam werden müssen, um Jugendliche zu einer Facharbeiterlehre zu veranlassen und um sie zu motivieren, die benötigten Fähigkeiten zu erwerben und später praktisch einzusetzen, erschien primär eine Angelegenheit sozialpsychologischer und pädagogischer Forschung. Deren Ergebnisse wurden zwar als relevant für Berufsberatung oder Bildungsreform angesehen; für die Frage nach der Zukunft des Facharbeiters schienen sie ohne großen Wert zu sein.

In jüngster Zeit mehrten sich nun Hinweise auf eine Entwicklung, die aus der eben skizzierten Sichtweise **paradox** erscheint: Es ist nicht zu übersehen, daß derzeit in großen Teilen der Industrie eine erheblicher

Bedarf an Facharbeitern artikuliert wird; und es ist zu erwarten, daß dieser Bedarf noch ansteigen wird. Hinzu kommt, daß in den meisten Industrienationen, die über ein System der Facharbeiterausbildung verfügen, vor allem in der Bundesrepublik, dieses Ausbildungssystem in neuerer Zeit nachdrücklich modernisiert und gestärkt wurde.

Obwohl damit gemäß der herkömmlichen, strukturdeterministischen Sichtweise sehr gute Voraussetzungen für einen verstärkten Nachwuchs an Facharbeitern gegeben wären, gibt es, betrachtet man die wichtigsten Teilarbeitsmärkte für Industriefacharbeiter und die zu erwartenden Nachwuchsströme, unübersehbare Symptome einer fortschreitenden Verknappung. Es entsteht eine regelrechte **"Facharbeiterlücke"**.

Dieser zunehmende Mangel an Facharbeitern ist also offensichtlich weniger ein Problem der Bedarfsentwicklung und der Ausbildungskapazitäten. Die **"Facharbeiterlücke"** ist vor allem eine **Angebotslücke**. Die entscheidende Frage lautet nicht: Brauchen die Betriebe in Zukunft mehr oder weniger Facharbeiter, und wie sollen sie qualifiziert sein? Zu fragen ist vielmehr: Wird es in Zukunft genügend junge Menschen geben, die bereit und in der Lage sind, die zur Ausübung einer Facharbeitertätigkeit notwendi-

gen Fähigkeiten und Eigenschaften zu entwickeln und in längerfristiger Perspektive ihren Lebensunterhalt als Facharbeiter zu verdienen?

Zur Beantwortung dieser Frage muß demnach, anders als bisher, gezielter auch die Angebotsseite untersucht werden. D.h. die Forschung muß verstärkt die potentiellen Facharbeiter selber, ihre Handlungs- und Orientierungsweisen, ihre Art zu leben usw. zum Thema machen. Das erfordert, sich aus einer strukturdeterministischen Sichtweise zu lösen und Zusammenhänge einzubeziehen, bei denen **subjektive Momente** weitaus wichtiger sind als strukturelle. Was damit gemeint sein kann, sei mit Hilfe dreier Thesen angedeutet.

2. Thesen zu den Ursachen des Facharbeitermangels

a) Milieuthese

Berufliche Qualifikationen und Kompetenzen, Arbeitsvermögen und Arbeitsbefähigungen werden in der herkömmlichen, vorwiegend strukturorientierten Sichtweise primär, wenn nicht sogar ausschließlich als Ergebnis institutionalisierter Bildungs- und Ausbildungsprozesse ge-

sehen. Dies ist eine völlig unzulängliche - "produktionstheoretische" - Vereinseitigung.

Was z.B. einem Betrieb als Qualifikationstyp, d.h. als Typus von Arbeitspersonen mit einem bestimmten Profil von Eigenschaften und Befähigungen, entgegentritt, umfaßt nicht nur **fachliche Fähigkeiten** im engeren Sinne und ist nicht nur Resultat **formeller Lernprozesse** während eines bestimmten Stadiums des Lebenslaufes. Die betrieblich genutzten Kompetenzen und Qualifikationen von Personen resultieren vielmehr aus einem **lebenslangen und umfassenden Lern- und Erfahrungsprozeß**, und zu ihnen gehören auch allgemeine Persönlichkeitsmerkmale. Kompetenzen und Qualifikationen in diesem Sinne sind nur zu verstehen als Ausdruck eines tendenziell immer unabgeschlossenen Verlaufs der Auseinandersetzung von Personen mit den gesamten Verhältnissen, in denen sie leben.

Qualifikationstypen als gesellschaftlich standardisierte Befähigungsprofile sind aufs engste in komplementäre Sozialmilieus eingebunden und aus diesen heraus zu erklären. Ein bestimmter Qualifikationstyp verweist danach immer auf einen charakteristischen **Sozialtyp**, der in einem bestimmten **Sozialmilieu** gebildet wird und dort ist.

Wer die Frage nach der Zukunft des Facharbeiters beantworten will, muß also (so die These) zunächst klären, wie der diesem Qualifikationstyp entsprechende Sozialtyp und das analoge Sozialmilieu beschaffen ist und wie er sich langfristig verändert.

Hierzu einige Stichworte²:

Das für den Sozialtypus des Industriefacharbeiters charakteristische Milieu war lange Zeit offenkundig in starkem Maße durch den fortwirkenden **Einfluß traditioneller, vorindustrieller** und wohl auch **vorurbanisierter Wirtschaftsweisen und Lebensverhältnisse** geprägt. Historisch entstand dieses Sozialmilieu gewissermaßen auf der Schwelle von einer handwerklich-bäuerlichen zu einer städtischindustriellen Welt. Es reproduzierte sich vor allem durch den ständigen Zustrom junger Menschen, die noch in bäuerlich-handwerklichen Verhältnissen aufgewachsen waren und dort ihre erste berufliche Sozialisation erhalten hatten.

Gleichzeitig gab dieses Milieu in mehr oder minder großen Quanten soziale Aufsteiger an die städtische Mittelschicht ab. Und bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts waren auch Alltagsleben, Wohnverhältnisse und Konsumgewohnheiten großer Teile des Sozialmilieus der Facharbeiter

noch stark von ländlich-handwerklichen Traditionen und Praktiken bestimmt.

Vor diesem sozialstrukturellen Hintergrund erklären sich die für den **Qualifikationstyp des Facharbeiters charakteristischen Motivations- und Verhaltensmuster, Lebensorientierungen und Wertvorstellungen**. Das gilt vor allem für die charakteristische Kombination von Lernfähigkeit und hoher Belastungstoleranz, von geschicktem Umgang mit Technik und selbstverständlicher Verantwortlichkeit für die Menschen, Sachen und Maschinen im eigenen Umfeld.

Ein Großteil der arbeits- und personalwirtschaftlichen Politiken und Praktiken, die von der "großen" Industrie seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sukzessive entwickelt wurden, erklärt sich aus der strategischen Zielsetzung, das Leistungspotential dieses spezifischen Sozialmilieus so effizient und kostengünstig wie möglich zu nutzen.

Eine zentrale Rolle spielten hierbei ganz offensichtlich die aus den festgefügteten Strukturen sozialer Milieus resultierenden gesellschaftlichen und materiellen Beschränkungen und Zwänge. Die eigentliche Stärke der Facharbeiterausbildung lag wohl nicht zuletzt in der Art und Weise, in der sie die Lehrlinge zugleich zwang und

befähigte, Grenzen und Versagungen aktiv zu verarbeiten, und dadurch entsprechende, betrieblich funktionale Persönlichkeitseigenschaften sozialisierte.

Dieses Sozialmilieu wurde nun in den älteren Industrienationen durch den Siegeszug dessen, was man die wohlfahrtsstaatliche Akkumulations- oder Prosperitätskonstellation nennen kann, gründlich zerstört:

Auf der einen Seite führte vor allem die kontinuierliche Steigerung von Einkommen, sozialer Sicherung und Bildungschancen zu einer sukzessiven **Auflösung der Homogenität und Kohärenz des traditionellen Facharbeitermilieus**. Auf der anderen Seite wurde aber auch das **bäuerlich-handwerkliche "Hinterland"** des Facharbeitermilieus, d.h. die traditionellen, noch stark von familienbetrieblicher Subsistenzwirtschaft geprägten und zumeist hohe Bevölkerungsüberschüsse hervorbringenden Teile von Wirtschaft und Gesellschaft, von der expandierenden industriell-städtischen Marktwirtschaft und ihrer wohlfahrtsstaatlichen Unterfütterung zerstört bzw. absorbiert.

Diese zweite Entwicklung schlägt zeitversetzt, d.h. jeweils mit einer Generation Verspätung, dann auch im Facharbeitermilieu durch und

entzieht diesem damit sukzessive den Boden der sozialen Reproduktion. Menschen, die noch in traditionellen Verhältnissen gelernt hatten, hart zu arbeiten und sich zu bescheiden, strömen - sieht man von den weitaus schwerer akkulturierbaren Zuwandern aus dem Mittelmeerraum (und demnächst wohl auch aus Osteuropa) ab - nicht mehr zu, während die letzte Generation mit diesen Verhaltensprägungen derzeit in Rente geht. Das Potential der noch aus dem bäuerlich-handwerklichen Bereich stammenden Orientierungsstrukturen verliert dabei zunehmend an verhaltensleitender und damit auch an sozialisatorischer Kraft.

Unter den jüngeren Altersgruppen der Industriearbeiter setzen sich in Folge dessen nach und nach **neue Orientierungen, Verhaltensweisen und Lebensarrangements** durch, die, wie es scheint, nicht mehr so ohne weiteres mit den an die klassischen Facharbeiterpositionen gebundenen betrieblichen Erwartungen und Angeboten kompatibel sind.

b) Freisetzungsthese

Um diese zunehmende Diskrepanz von betrieblichen Anforderungen und Angeboten für Facharbeiterpositionen und den auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Personen zu

verstehen, ist es notwendig, die Folgen der Auflösung des traditionellen Sozialmilieus für die Betroffenen näher zu betrachten:

Wenn mit der angedeuteten Auflösung eines noch stark traditional geprägten Arbeitermilieus u.a.

- die frei verfügbaren Einkommensanteile der Haushalte steigen und komplementär das Konsumgüterangebot wächst,
- die Bildungschancen wachsen,
- die soziale Absicherung ausgebaut wird,
- die Arbeitszeiten sinken und, wie aktuell, zudem entstandardisiert werden,
- die Gestaltungschancen in der dadurch wachsenden Freizeit steigen,
- die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen in Bewegung gerät und sich die Formen des Zusammenlebens ausdifferenzieren,
- von einer residual noch vorhandenen Selbstversorgung zum vollständigen Konsum industrieller Waren übergegangen wird,

wenn solche und andere Veränderungen des Sozialmilieus der Arbeiterschaft stattfinden, dann bedeutet dies für die Betroffenen eine tiefgreifende **Komplizierung der**

Randbedingungen ihrer alltäglichen Lebenspraxis mit höchst ambivalenten Folgen.

Eine wichtige Konsequenz dieses Prozesses ist (so hier die These) eine Erosion dort weitgehend noch traditional vorgegebener Formen der Gestaltung der alltäglichen Lebenspraxis. Bis dahin praktisch bewährte und ungefragt hingenommene Formen der praktischen Alltagsorganisation verlieren ihre selbstverständliche Gültigkeit.

Unter Bezug auf Max Weber kann man auch sagen: Die Auflösung traditional geprägter Milieus geht mit einer weitgehenden **Enttraditionalisierung der Formen "alltäglicher Lebensführung"**³ einher. Für die Betroffenen bedeutet die abnehmende Orientierungsfunktion traditionaler Formen von Lebensführung schließlich nichts anderes als eine **sozio-kulturelle Freisetzung**, die sie verarbeiten müssen.

Die **Folgen** dieser Freisetzung für die Betroffenen sind zwiespältig: Auf der einen Seite öffnet eine solche Enttraditionalisierung des Alltags erweiterte Möglichkeiten, die Lebensführung in neuer Form und individueller zu gestalten. Auf der anderen Seite bedeutet sie aber auch den Zwang, sein Leben in die eigene Hand zu nehmen; die Formen des Alltags müssen stär-

ker selbständig gestaltet und regelmäßig an die dynamischer werdenden Lebensbedingungen angepaßt werden. Mit anderen Worten: Man muß zum **eigenverantwortlichen Organisator seiner Lebensführung** werden und sich dabei unter anderem verstärkt als "Unternehmer" der eigenen Arbeitskraft verhalten. Das muß nicht heißen, daß völlig individuelle Formen der Lebensführung entwickelt werden. Aber wesentlich mehr als früher können bei der Gestaltung der Lebensführung verschiedenartige soziale Referenzmodelle wirksam werden, die zudem stärker und häufiger als bisher den individuellen Bedingungen und Erwartungen angepaßt werden können und müssen.

Wer dies geschickt zu nutzen weiß, kann neue Freiräume und damit vielleicht eine neue Lebensqualität gewinnen. Wer weniger geschickt ist, hechelt den sich häufig verändernden Bedingungen hinterher und läuft ständig Gefahr zu scheitern, und sei es auch nur ein Scheitern an den neu entstehenden Ansprüchen an das eigene Leben.

Die dabei entstehenden Freiheitsgrade in der Gestaltung der Lebensführung sind für die Gruppen, über die wir hier sprechen, wohl nicht so sehr als eine schöne neue Freiheit zur bunten Lebensvielfalt zu verste-

hen (wie man manche Vertreter der Individualisierungsthese verstehen kann). Wir sehen eher die **wachsende Notwendigkeit zur tendenziell belastenden, eigenverantwortlichen Herstellung grauer Alltagsroutinen** unter oft unsicheren und stark beschränkten Bedingungen mit unsicheren Erfolgschancen.

c) Rationalisierungsthese

Eine solche wachsende Verantwortlichkeit für das eigene Leben kann bedeuten, daß die Betroffenen wesentlich stärker als bisher versuchen müssen, ihre Lebensführung bewußt zweckmäßig zu gestalten; d.h. Probleme und Zwänge des Alltags effektiv zu verarbeiten und gegebene Chancen und Ressourcen gezielt zu nutzen.

Dies würde bedeuten, daß sie (so die These) wesentlich stärker als früher ihre Lebensführung **"methodisch"** oder **"rational"** im Sinne der Weberischen Zweckrationalität organisieren. Lebensführung würde dadurch verstärkt reflexiv und einer bewußteren Kontrolle und Kalkulation unterworfen. Was Weber in den Protestantismusstudien für das calvinistisch geprägte bürgerliche Unternehmertum beschrieb, die, wie er sagte, **"Steigerung"** des gesamten Alltags zu einem rationalen **"System"**⁴ durch **"plan-**

mäßige Regulierung des eigenen Lebens"⁵, würde sich damit nun auch bei denjenigen voll durchsetzen, die bislang das traditionale Reservoir für Facharbeiterpositionen darstellten.

Eine solche zunehmende **Rationalisierung von Lebensführung** in Verbindung mit gestiegenen Aspirationen läßt sich als eine Modernisierung der Formen der Alltagspraxis in Reaktion auf die Modernisierung der Lebensbedingungen bestimmen⁶. Man könnte unter Rekurs auf einen alten Topos der Industriesoziologie aber auch fragen, ob diese Veränderungen der Formen von Lebensführung im Kernbereich der sogenannten Arbeiterschaft nicht einen **Verbürgerlichungsschub** darstellen. **"Verbürgerlichung"** in dem Sinn, daß Gruppen, die sich bisher eher selbstverständlich in traditionale Formen der Lebens- und Arbeitspraxis eingefügt hatten, nun weiterreichende Aspirationen entwickeln, an Autonomie und Selbstverwirklichung orientierte Lebensstrategien praktizieren wollen und dies verstärkt zweckrational organisieren - eine Form des Umgangs mit dem eigenen Leben, die bisher eher für andere Schichten typisch schien. Weber hat einen solchen Stil der Lebensführung als genuin **"bürgerlich"** beschrieben. Er setzte diesen Stil idealtypisch von dem der Arbeiterschaft ab, die sich eher passiv in ihr

betriebliches und sonstiges Lebensschicksal ergäbe und bestenfalls an steigendem Lohn interessiert sei. Die bürgerliche Lebensführung ermögliche es dagegen wesentlich stärker, den Alltag systematisch auf Vorteile hin zu organisieren und auf diese Weise weiterzuentwickeln.

In Sinne dieser These lassen sich die Befunde der sogenannten **Wertewandelforschung** völlig anders interpretieren, als dies manche Kommentatoren tun⁷. Die registrierten Einstellungsveränderungen in Richtung Autonomie- und Selbstentfaltung bedeuten dann nicht eine Tendenz zu einer passiv hedonistischen "Proletarisierung" (Noelle-Neumann), sondern im Gegenteil, die zunehmende **Ausbreitung bürgerlicher Lebensideale auch in der Arbeiterschaft**: Auch viele Arbeiter müssen und wollen inzwischen ihre Lebensführung in zunehmenden Maße eigenverantwortlich gestalten und ihr, so gut es geht, Vorteile und Lebensqualität abgewinnen. Daß dies bei ihnen (wie die Befunde zeigen) mit einer erheblichen Unzufriedenheit gegenüber Arbeitsbedingungen einhergeht, die als behindernd für die eigene Entfaltung angesehen werden, ist nur konsequent. Dies indiziert keine Arbeitsunlust, sondern erhöhte und selbstbewußtere Erwartungen an die Arbeit und das Leben insgesamt.

Dabei geht es nicht mehr darum (wie bei einer traditionellen instrumentalistischen Arbeits- und Lebensorientierung), mit hingenommener harter und entfremdeter Arbeit möglichst viel Geld zu verdienen, um dann im Bereich von Freizeit und Familie einen eingeschränkten Lebensstil zu pflegen. Jetzt ist tendenziell **das Leben insgesamt Ziel einer Optimierungsstrategie**. Die Berufsarbeit, die nunmehr, was Inhalt und soziale Bedingungen anbetrifft, gestiegenen Erwartungen genügen soll, relativiert sich zugleich in ihrer Bedeutung. Sie ist wichtig, in mancher Hinsicht wichtiger als früher, aber sie ist nicht mehr das allein dominierende Zentrum des Lebens. Ganz im Sinne bürgerlicher Ideale will man nun Herr seines ganzen Lebens sein.

Den Personentyp, sprich: die spezifische Kombination von Qualifikationen, Motivationen und Aspirationen, die man in den Betrieben gerne für Facharbeiterpositionen hätte, gibt es in gewisser Weise noch ausreichend. Er ist aber anscheinend nicht mehr wie früher bereit, sich ohne weiteres in den beengten und beengenden Rahmen einer Facharbeiterexistenz zu fügen. Das Fähigkeits- und Aspirationsprofil dieser Gruppe kollidiert zunehmend mit den betrieblich für sie angebotenen sozialen Lagen und Lebenswegen in

Form von Facharbeiterpositionen und Aufstiegsmöglichkeiten.

Man will und kann heute mit nicht unrealistischen Chancen versuchen, anders zu leben und zu arbeiten, und sucht deswegen, soweit es geht, "moderne", anspruchsvolle Berufe und Ausbildungswege, die dies unterstützen, d.h. Entfaltungsmöglichkeiten öffnen und nicht beschränken. Es geht nicht mehr um die Sicherung eines ausreichenden Auskommens in traditionellen Bahnen auf eher niedrigem sozialem Niveau, sondern um die Chance einer selbstbestimmteren sowie entfaltungs- und aufstiegsorientierteren Form von Lebensführung.

Die angedeutete Auflösung traditionell geprägter Formen von Lebensführung in der Arbeiterschaft wird sich nicht für jede Gruppe von Betroffenen in gleicher Weise vollziehen. Man kann vermuten, daß (idealtypisch gesehen) zunehmend zwei polarisierte Formen von Lebensführung und damit zwei kontrastierende Kategorien von potentiellen Arbeitskräften auf dem Niveau der ehemaligen Facharbeiter entstehen:

Zum einen diejenigen, die den wachsenden Anforderungen an eine bewußt zweckmäßig und autonom gestaltete Lebensführung ausreichend entsprechen können. Ihnen gelingt es, die Freisetzung aus traditionellen Formen

des Lebens erfolgreich zu nutzen und daraus erweiterte Aspiration für ihr Leben und Arbeiten abzuleiten. Sie sind es, die, ausgestattet mit relativ hohen allgemeinen Fähigkeiten und Motivationen, früher potentiell als Facharbeiter zur Verfügung standen. Heute orientieren sie sich tendenziell im weiteren Sinne an bürgerlichen (oder genauer wohl: an "kleinbürgerlichen") Berufen, d.h. an Bildungs- und Lebenswegen, die für sie die Hoffnung auf einen begrenzten sozialen Aufstieg beinhalten.

Dem steht die Gruppe der Personen gegenüber, die angesichts der gestiegenen Anforderungen an die Lebensführung in gewisser Weise scheitern und ihr Leben nach wie vor nach traditionellen Rastern zu gestalten versuchen. Es sind diejenigen, die biographisch den Zug zu zweckrational betriebenen, bürgerlichen Existenzweisen und erweiterten Lebensorientierungen verpassen; unter ihnen die beängstigend wachsende Gruppe derjenigen, die in irgend einer Weise leistungsgemindert oder sozial unzureichend integriert sind. Sie stünden zwar potentiell für Facharbeiterpositionen zu Verfügung, sind aber, wie früher auch, betrieblich oft nur für Tätigkeiten mit reduzierten Anforderungen und Möglichkeiten verwendbar.

Das heißt salopp ausgedrückt: Diejenigen, die betrieblich für die immer anspruchsvolleren Facharbeiterausbildungen und -tätigkeiten nachgefragt werden, bekommt man nicht mehr ausreichend; die, die man dafür bekommen könnte, passen nicht.

3. Stärkung von Aufstiegsmöglichkeiten als Ansatzpunkt für eine Bewältigung des Facharbeitermangels

Angesichts der neuen Lebenslagen, die dem Subjekt eine zweckrational geplante und interessenbewußte Lebensführung zugleich ermöglichen und abverlangen, erscheint die Facharbeiterlücke letztlich sogar **doppelt "paradox"**:

Zu erklären ist eigentlich nicht nur (wie wir es eben versucht haben), warum Facharbeiter trotz wachsenden Bedarfs und trotz eines leistungsfähigen Ausbildungssystems knapp werden. Eine weitere, vielleicht sogar die wichtigere Frage ist vielmehr, warum es trotz der geschilderten Entwicklung bis heute überhaupt gelang, in großem Umfang Personen für Facharbeiterpositionen zu gewinnen, deren Fähigkeiten ihnen zunehmend auch die Chance zu weiterführender Bildung, zu Be-

rufswegen im Bereich "geistiger" Arbeit und damit zu einer Lebensführung außerhalb des traditionellen Facharbeitermilieus eröffnen würden.

Vieles spricht dafür, daß dieses vor allem dadurch möglich war, daß der Wert einer Facharbeiterausbildung (in den deutschsprachigen Ländern und während der letzten Jahre) primär in der durch sie eröffneten **Perspektive eines beruflichen Aufstiegs** lag. Ein attraktives Moment von Facharbeit war es zunehmend, daß sie die Chance suggerierte, aus ihr auch wieder "aussteigen" zu können, sie tendenziell als ein (zwar sehr begrenztes aber, dafür nicht unrealistisches) soziales Sprungbrett benutzen zu können. Verringert sich diese Chance (etwa durch eine zunehmende Konkurrenz von oben), dann verringert sich damit die Attraktivität von Facharbeit an entscheidender Stelle.

Zugleich ist damit aber auch der Punkt bezeichnet, an dem eine Strategie zur Bewältigung der Facharbeiterlücke ansetzen könnte. Gelänge es ernsthaft sicherzustellen, daß Facharbeiterpositionen keine sozialen Sackgassen sind, sondern im Gegenteil einen realistischen Einstieg in potentiell offene Ausbildungs- und Berufswege bieten, dann könnten sie vermutlich auch heute

wieder für qualifizierte Personen interessant sein. Geringfügige Verbesserungen von Einkommen und Arbeitsbedingungen, kurzfristige För

dermaßnahmen oder gar Werbekampagnen dürften dagegen nur eine sehr begrenzte Wirkung haben.

Wie es scheint, werden auch die sich zunehmend durchsetzenden post-tayloristischen betrieblichen Strategien wesentlich von der Verfügbarkeit ausreichender Quanten ausreichend qualifizierter Facharbeiter abhängen. Insofern wäre mit der beschriebenen Entwicklung die Industrie erstmals an einem Punkt angelangt, an dem Eigen-Logik und Eigen-Sinn der Subjekte, der betroffenen Arbeitskräfte, nachhaltig Tempo, Tendenzen und

Resultate des Strukturwandels beeinflussen.

Dies bedeutet für die wissenschaftliche Rekonstruktion dieses Vorgangs, konsequenter als bisher, strukturelle Analysen mit Konzepten zu verbinden, die die Verarbeitung struktureller Bedingungen durch die betroffenen Personen angemessen thematisieren können.

Anmerkungen

1 Es ist ein besonderes Anliegen des SFB 333 bei der Untersuchung von Entwicklungsperspektiven gesellschaftlicher Arbeit **strukturorientierte und subjektorientierte** Analysen zu verbinden; vgl. ausführlich dazu den Finanzierungsantrag des SFB 333 für die Jahre 1992-1994, insbes. die Seiten 14-49.

2 Vgl. ausführlich hierzu Lutz, B. (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt/New York. Siehe auch ders. (1990): Das Ende des Facharbeiters, in: MITTEILUNGEN 1 des SFB 333 (S. 5-16).

3 Vgl. zum Begriff der "alltäglichen Lebensführung" Voß, G.G. (1991): Lebensführung als Arbeit. Über die Autonomie der Person im Alltag der Gesellschaft, Stuttgart; siehe auch Voß, G.G. (Hrsg.) (1991): Die Zeiten ändern sich -

Alltägliche Lebensführung im Umbruch (Sonderheft II der MITTEILUNGEN des SFB 333), München.

4 Weber, M. (1986): Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I. Tübingen (S. 116).

5 Ebd. (S. 127).

6 Die Verwendung des Weberschen Begriffs der "Rationalisierung" für eine solche Entwicklung ist natürlich nicht ohne Probleme; vgl. Behringer, L./Bolte, K.M./Dunkel, W./Jurczyk, K./Kudera, W./Rerrich, M.S./Voß, G.G. (1990): Auf dem Weg zu einer neuen Art von Lebensführung? In: MITTEILUNGEN 1 des SFB 333 (korr. Fassung als Beilage zu Heft 2).

7 Vgl. Bolte, K.M./Voß, G.G. (1988): Veränderungen im Verhältnis von Arbeit und Leben. Anmerkungen zur Diskussion zum Wandel von Arbeitswerten. In L. Reyher/J. Kühl (Hrsg.): Resonanzen. Arbeitsmarkt und Beruf - Forschung und Politik (BeitrAB 111). Nürnberg (S. 72-92). Siehe auch Voß, G.G. (1990): Wertewandel. Eine Modernisierung der protestantischen Ethik? In Zeitschrift für Personalforschung 3/1990.